

BEITRÄGE ZUR STATISTIK DER STADT FREIBURG IM BREISGAU

Freiburg

im Wandel zwischen
Krieg und Frieden

Im Auftrag des Oberbürgermeisters
zusammengestellt vom Statistischen Amt

Frühjahr 1953

Freiburg im Wandel zwischen Krieg und Frieden

Was in den zurückliegenden Jahren an Wiederaufbauarbeit geleistet wurde, kann gerechterweise nur beurteilt werden, wenn man sich vergegenwärtigt, was Freiburg einst gewesen ist und was der unglückselige Krieg aus dieser einst so lebensvollen und tatenfrohen Stadt gemacht hat. In mehr als 800-jähriger wechsellvoller Geschichte mußte die Breisgauhauptstadt oft und immer wieder harte und nachhaltige Rückschläge ihrer aufstrebenden Entwicklung hinnehmen; aber sie hat sich immer wieder zu neuer Größe emporgerafft dank des zähen und unbeugsamen Willens ihrer Einwohnerschaft. Im Bilde der Stadt verband sich 1939 das Gestern und Heute zu inniger Zusammengehörigkeit. Deutlich konnte man aus diesem Zusammenklang die Entwicklung der Stadt ablesen und die Menschen dieser Stadt empfanden das Vorhandensein einer reichen Tradition und waren bemüht, sie zu erhalten, zu pflegen und alles Neue dem Überkommenen harmonisch hinzuzufügen, ohne den Rahmen der organischen Entwicklung zu sprengen.

Im bunten Kranz der deutschen Städte nimmt Freiburg eine Sonderstellung ein, die sie ihrer einzigartig herrlichen Lage am Fuße des Schwarzwaldes mit seinen hochragenden Bergen und lieblichen Tälern zu verdanken hat. Wo findet sich in deutschen Landen eine Stadt, die mit reizenden Schönheiten der Natur so reich ausgestattet ist wie die unsere! Im Rücken geschützt von Bergen bis zu 1500 m Höhe und innerhalb des Stadtgebietes den Hausberg „Schauinsland“ mit einer Gipfelhöhe von 1200 m, liegt die Stadt vor dem Westhang des Schloßberges am Talausgang der Dreisam in die fruchtbare Breisgauebene hineingebettet. Von den Anhöhen, die mit gut gepflegten Waldwegen (300 km) von Spaziergängern mühelos erreichbar sind, eröffnen sich über die Stadt hinweg lohnende Fernblicke auf den Kaiserstuhl und weit hinaus über den Rhein zu den Vogesen und zu den mächtigen Schweizerbergen. So herrlich die Lage der Stadt und so einladend das gesunde Klima für erholungssuchende Menschen ist, hat sie doch bevölkerungsmäßig im Vergleich zu anderen Städten nur langsam zur Großstadt sich entwickelt; im näheren und ferneren Umkreis sind die standörtlichen Vorbedingungen zu einer Industriestadt erschwert, so fehlen vor allem gewerblich nutzbare Bodenschätze und schiffbare Verkehrswege, um Rohstoffe und Fertigprodukte

billig befördern zu können. Darum ist Freiburg über die Gründerzeit des vorigen Jahrhunderts hinweg bis in die Gegenwart hinein die typische Stadt der Handwerker und Kleingewerbetreibenden, des Einzelhandels zur Versorgung eines weiträumigen Wirtschaftsgebietes ohne konkurrierende Nachbarstädte geblieben und nur wenige Industrieunternehmen der Textilbranche, des Druck- und Verlagswesens und der Eisenverarbeitung ragen aus der Gesamtstruktur hervor. Für die Entwicklung der Stadt waren andere Faktoren bestimmend, so in erster Linie die Universität mit ihren zahlreichen der Wissenschaft und Forschung dienenden Einrichtungen, Instituten und Kliniken; daneben ist Freiburg die Stadt der Rentner und des Fremdenverkehrs.

Infolge der landschaftlich herrlichen und klimatisch begünstigten Umgebung und der vielseitigen geistigen Anregungen, die sie zu bieten vermag, war sie schon vor der Jahrhundertwende Anziehungspunkt zahlreicher Kapitalrentner und Pensionäre, die mit ihrem Vermögen oder Erspartem ihren Wohnsitz hierher verlegten, um den Lebensabend zu verbringen. Welche außerordentliche Bedeutung Freiburg als Rentnerstadt zukommt, mag aus einigen wenigen Zahlen ersichtlich sein. Schon 1895 waren rund ein Achtel der Gesamtbevölkerung (12,4 %) Personen, die von eigenem Vermögen, von Renten oder Pensionen lebten; ihre Zahl wuchs stetig an, in der Zeit von 1907 bis 1950 stieg sie von 9 741 auf 17 548 Personen (= 16,2 % der Bev.), mithin um 80,1 %, während die Gesamtbevölkerung in der gleichen Zeit nur um 41,3 % heraufgegangen ist. Diese einst wohlhabende Bevölkerungsschicht, deren Steuerkapital für die frühere Kapitalrentensteuer rund 254 Mill. M. umfaßte, ist durch die Inflation zu Kleinrentnern geworden und schließlich infolge des zweiten Weltkrieges und der Währungsreform fast völlig verarmt. Mit ihren Angehörigen (Ehefrauen und Kindern) zusammen zählte diese Bevölkerungsgruppe 1950 fast ein Viertel der Einwohnerschaft (22,6 %), darin deutet sich die außerordentliche Fürsorge-last der Rentnerstadt Freiburg an.

Außer den landschaftlichen Reizen und den vorteilhaften Verkehrsverbindungen in den Schwarzwald und an den Bodensee haben die Kunstschatze der Stadt, vor allem das Münster mit dem „schönsten Turm der Christenheit“, die vielen bedeutenden Baudenkmäler aus dem 12. bis 18. Jahrhundert, nicht zuletzt die reizvolle Altstadt und die Behaglichkeit ihrer Weinstuben stets zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland ange-lockt. Der Fremdenverkehr bedeutet für die Stadt eine der wichtigsten Einnahmequellen. Zur Übernachtung der Gäste standen 90 Hotels, Gasthäuser und Pensionen mit über 2 400 Betten zur Verfügung. Jährlich trafen hier 180 000 — 200 000 Gäste zum Übernachten ein, und mit rund 400 000 Übernachtungen übertraf Freiburg viele größere und verkehrsgünstiger

gelegene Städte. Auch die Wintermonate weisen regelmäßig eine erfreuliche Gästefrequenz auf, da die Stadt als günstiger Ausgangspunkt zur Beförderung in ideales Wintersportgelände von vielen Sporttreibenden gewählt wird.

Die vorteilhafte Verkehrslage in der Südwestecke Deutschlands und die Nähe der Länder Schweiz, Österreich und Frankreich haben enge Verbindungen zu diesen Nationen entstehen lassen; gerne wird Freiburg zum Treffpunkt internationaler Tagungen und Kongresse ausgesucht. Ihre Gastlichkeit und die Aufgeschlossenheit der Bürgerschaft gegenüber den ausländischen Besuchern hat ihr Freunde überall geworben. Viele dieser Verbindungen sind durch den haßerfüllten Krieg jäh unterbunden worden. Der fast völligen Isolierung nach außen folgte die Zerstörung durch Bomben und die Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlage des Gemeinwesens, einer Stadt, die Generationen hindurch mit Bürgerfleiß und Tatkraft gearbeitet hat, um sich ihrer Vergangenheit würdig zu erweisen. Was hat der unglückselige Krieg aus dieser schönen Stadt gemacht?

Fast 40 Luftangriffe hatte Freiburg erlebt, davon über 30 mit teils schweren, teils leichteren Schäden. Der erste Luftangriff war am 10. Mai 1940, der letzte am 16. März 1945. Zunächst wurden nur einzelne oder mehrere nebeneinanderliegende Häuser zerstört oder beschädigt. Der Großangriff am 27. 11. 1944 dagegen hatte vernichtende Wirkung; große flächenhafte Zerstörungen waren seine Folge, und daneben entstanden, verstreut im ganzen Stadtgebiet, viele Einzelschäden. Die Innenstadt und große Teile der Nord- und Weststadt, darunter das Gebiet der Universitätskliniken und -Institute fielen ihm zum Opfer. Durch ungezählte Sprengbomben, Luftminen, Brand- und Phosphorbomben wurden drei Viertel der Altstadt in Schutt und Asche gelegt. Etwa 3000 Menschen, vorwiegend Greise, Frauen und Kinder, hatten hier im Bombenhagel ihr Leben lassen müssen. 42000 Menschen wurden durch Vernichtung oder Beschädigung ihrer Wohnstätten ein oder mehrere Male obdachlos. Die Einwohnerzahl sank auf weniger als die Hälfte des Vorkriegsstandes zurück. Ganze Stadtteile hatte der Wahnsinn des Krieges in menschenleere, furchtbare Trümmerwüsten verwandelt.

Der Gebäudebestand der Vorkriegszeit hat durch das Kriegsgeschehen enorme Verluste erlitten. Von insgesamt 14527 Häusern sind nur 2148 unversehrt geblieben, mithin noch nicht 15 v. H. Dagegen wurden 2830 Gebäude, das sind ein Fünftel, total zerstört und 9549 oder über zwei Drittel teils erheblich, teils weniger stark beschädigt. Durch den gewaltigen Ausfall an totalzerstörten Gebäuden ist der umbaute Raum von ehemals 28,38 Mill. cbm um 6,20 Mill. cbm, also um über ein Fünftel zurückgegangen.

Die schlimmsten baulichen Schäden wurden an Wohnhäusern angerichtet; rund zwei Drittel des Gebäudebestandes (9320) waren Wohngebäude, davon waren neun Zehntel zerstört oder beschädigt, etwa ein Fünftel (22 %) total vernichtet und damit über 6500 Wohnungen ganz ausgelöscht. An Gewerberaum sind von 290 000 qm etwa 140 000 qm, also annähernd die Hälfte verloren gegangen.

Von 28 Schulhäusern waren 17 zerstört oder schwer getroffen. Bei den Volksschulen sind 5 zerstört, 8 zweckentfremdet gewesen und nur drei Schulhäuser von insgesamt 16 dienten Unterrichtszwecken. Noch empfindlicher wirkte sich der Ausfall an Schulräumen aus; von insgesamt 285 Räumen waren 109 zerstört, 150 anderweitig genutzt und nur 26 für Unterricht verwendet. Der Zerstörung sind auch die beiden Theater (Großes Haus und Kammerspiele) und die Festhalle im Stadtgarten-gelände anheimgefallen. An Kirchen wurden 5 total vernichtet, 4 schwer getroffen und 8 leicht beschädigt. Darüber hinaus fielen den Bomben zum Opfer: 20 öffentliche Gebäude, darunter 17 von geschichtlichem Wert, 130 Bürgerhäuser von Denkmalsrang, 26 Universitätsinstitute, 8 Verkehrsanlagen, darunter die Hauptpost und der Hauptbahnhof, 23 Kliniken, Krankenhäuser, Alters- und Jugendheime, 30 km Straßen waren verschüttet, 3,3 km Straßen zerstört, außerdem 8 km Stadtbäche vernichtet.

Die gesamte Trümmernasse wird auf eine Million Kubikmeter, der Wert der zerstörten Grundstücke (ohne Inventar und Hausrat) auf eine Milliarde DM geschätzt. Was darüber hinaus an Versorgungseinrichtungen vernichtet wurde, findet an anderer Stelle Erwähnung. Damit ist in großen Zügen der Verlust an realen Werten aufgezeigt. Nicht abschätzbar aber sind die Verluste an kulturhistorisch und künstlerisch wertvollen Bauten, die einst der Altstadt das Gepräge gaben. Die gotische Martinskirche und die barocke Universitätskirche, die Heiliggeistkapelle und die alte Friedhofskapelle sowie die hochmittelalterlichen Klostergebäude der Franziskaner und Dominikaner sind ausgebrannt. Völlig vernichtet wurde die aus dem Material der Tennenbacher Klosterkirche erbaute Ludwigskirche. Noch schlimmer wurden die profanen Baudenkmäler dezimiert. Das spätgotische Kornhaus und die barocke alte Universitätsbibliothek wurden völlig zertrümmert. Den Flammen fielen zum Opfer: Das alte Rathaus mit der frühgotischen Gerichtslaube, die alte Universität, das reiche, spätgotische Haus „Zum Walfisch“, der Basler Hof, das erzbischöfliche und das großherzogliche Palais, das Deutschordenshaus und die schönsten Patrizier- und Bürgerhäuser, vorwiegend des sechzehnten und achtzehnten Jahrhunderts am Münsterplatz und in der Salz- und Herrenstraße. Mit der Vernichtung des historischen Stadtkerns ist, wie bei so vielen deutschen Städten von Denkmalsrang, Freiburg gerade in seinem Herzstück getroffen.

Wie ein Wunder blieb das Münster fast völlig unversehrt; rings herum aber waren weite Trümmerflächen und Ruinenfelder, wohin man auch blickte. Der Krieg hatte das Gesicht der Stadt gründlich verwüstet und ihr Leben schien vernichtet zu sein. War es überhaupt möglich, diesen schmerzlichen Einschnitt in der Entwicklung der Stadt zu überbrücken? Nun heute, acht Jahre, nachdem die Waffen zum Schweigen gekommen sind, können wir feststellen, daß die Stadt einen Weg aus dem Chaos gefunden hat, in dem sie sich 1945 befand. Anlaß zu Optimismus in den ersten Nachkriegsjahren bestand zunächst nicht.

*

Am 21. April 1945 rückten alliierte Truppen in Freiburg ein, die Kampfhandlungen gingen jedoch weiter. Die Bemühungen der Stadtverwaltung waren zunächst darauf gerichtet, der Bevölkerung durch die Überwindung der Ernährungs- und Versorgungsschwierigkeiten das Leben zu erhalten. Die Bautätigkeit ruhte völlig. Der Verkehr in der Stadt und die Verbindungen nach außerhalb waren unterbunden. Die Einwohner durften ihre Wohnungen nur zu bestimmten Tagesstunden verlassen. Die Eisenbahn kam infolge der vielen zerstörten Brücken erst allmählich wieder in Gang; ihre Benutzung war meist nur in offenen Güterwagen möglich. Durch die Zerreißung des Landes Baden in zwei Zonengebiete konnte man lange Zeit über Rastatt nicht hinauskommen. Im Inneren der Stadt war der Verkehr durch verschüttete Straßen gehemmt; ihre Räumung von Trümmerschutt war eine der vordringlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung, ihre Instandsetzung aber durch den Mangel an Arbeitskräften und Baustoffen erschwert. Das Fehlen von Baustoffen jeder Art war der Hauptgrund, weshalb die Bautätigkeit nicht in Gang kommen konnte. Kaum das Nötigste war zu beschaffen, um die vielen noch benutzbaren, aber beschädigten Wohnungen wenigstens behelfsmäßig auszubessern und einigermaßen wetterfest zu machen. Die Bauverwaltung tat alles, was sie konnte, um die von privater Seite auf dem Wege der Selbsthilfe eingeleiteten Bemühungen zu unterstützen und die Voraussetzungen zu schaffen, daß das öffentliche Leben wieder in Gang kam. Das Tiefbauamt räumte die wichtigsten Straßen und setzte sie für den Verkehr instand. Die städtischen Betriebswerke bemühten sich, die Einwohner wieder mit Wasser, Licht und Gas zu versorgen, um ihnen ein einigermaßen erträgliches Leben in den Ruinen zu ermöglichen. Um Seuchengefahren von der Bevölkerung fernzuhalten, war es nötig, die Schäden an der Stadtentwässerung schnellstens zu beseitigen. Ebenso brachte die Straßenbahn ihren Wagenpark und das stark zerstörte Schienen- und Leitungsnetz, soweit möglich in Ordnung. Der städt. Fuhrpark war völlig vernichtet und mußte den Reinigungsdienst mit fremden Fahrzeugen beginnen. Inzwischen

versuchte das städt. Hochbauamt, die Schulen und Krankenhäuser instand zu setzen; auch für Verwaltungsräume war zu sorgen, damit die Verwaltung arbeiten konnte. Es wurde immer das getan, was im Augenblick am dringlichsten zu sein schien. Ein planmäßiger Wiederaufbau war zunächst nicht möglich. Die Stadt war in ihrem Bestreben, die Bautätigkeit mit Nachdruck zu fördern, abhängig von den Anordnungen, die entweder von der Militärregierung oder auf deren Veranlassung von anderen Stellen erlassen wurden. Die Erzeugung von Baustoffen richtete sich nach der Höhe der Kohlenzuteilung. Ihr einziger Reichtum aber, das Holz der Stadtwaldungen, unterlag der Verfügungsgewalt der Besatzung und wurde auf deren Veranlassung über den Rhein und nach der Schweiz verfrachtet.

Auch das Fehlen von Arbeitskräften hemmte die Fortführung der Instandsetzungsarbeiten wesentlich. 8 000 Freiburger warteten in den Kriegsgefangenenlagern auf ihre Entlassung, 3 160 Soldaten waren an den Fronten des Weltkrieges gefallen oder ihren Verletzungen erlegen. 1 358 ehemalige Wehrmachtsangehörige aus unserer Stadt sind heute noch vermißt. Durch den Bombenkrieg haben 2 924 Personen ihr Leben eingebüßt und 84 sind seit den Verwüstungen unauffindbar. Bei allen diesen Ausfällen handelt es sich zumeist um Menschen im erwerbsfähigen Alter, die nun als Arbeitskräfte fehlten. Erschwerend wirkte ferner die schlechte Ernährungslage, die durch zu geringe Einfuhren von Lebensmitteln aller Art verursacht und die bevorzugte Versorgung der Besatzungsangehörigen aus den an sich sehr knappen Vorräten noch verschärft wurde. Immer tiefer sank die monatliche Zuteilung an Brot, Fleisch, Milch und Speisefett; der tägliche Kaloriensatz ging unter 800 zurück; zusätzliche Beschaffung von Lebensmitteln für die arbeitende Bevölkerung, für Kranke, Greise und Kinder war mit mühsamen Hamsterreisen in ländliche Gegenden verbunden, und damit zunehmender Entwertung des Geldes nur noch Ware gegen Ware getauscht wurde, mußte oft das Letzte, was der Bombenhagel an Hausrat, Schmuck und Kleidungsstücken übrig gelassen hatte, hingegeben werden, um den Hunger zu stillen.

Drei schwere Jahre sind nach Beendigung der Kampfhandlungen dahingegangen, ehe sich ein spürbarer Wandel vollzog. Zwei Umstände haben die schier verzweifelte Lage der Stadt allmählich gebessert: Der Anschluß des französisch besetzten Gebietes an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet der englischen und amerikanischen Zone und die am Tage X (21. Juni 1948) durchgeführte Währungsumstellung von RM auf DM. Diese beiden so entscheidenden Ereignisse des Jahres 1948 bildeten den Abschluß einer der schmerzlichsten Epochen in der Geschichte der Stadt Freiburg, zugleich einen verheißungsvollen Anfang für die Belebung der Wirtschaft, die bis dahin hoffnungslos darniederlag. Nun fielen endlich die gebietlichen Schranken, die

den Verkehr und Handel zwischen Gemeinden des gleichen Landes, zwischen Menschen gleichen Stammes und derselben Herkunft lahmgelegt hatten. Wertbeständiges Geld anstelle der im Kurs gesunkenen Reichsmark öffnete den Markt für Waren aller Art in einem Gebiet, das von der Elbe bis an den Niederrhein, von der Nordsee bis an die Schweizer Grenze reichte und 48 Millionen Menschen Arbeit und Brot verhiess. Langsam nur konnte die Wirtschaft aus ihrer jahrelangen Stagnation gelöst und die Menschen aus der Enge der Zwangsbewirtschaftung befreit werden. Zwar war eine neue wertbeständige Währung eingeführt, aber das Geld war knapp und die Beschaffung von Kreditmitteln zu teuer, um die vielfältigen Aufgaben zu beginnen und die Einwohner aus der allgemeinen Trümmerpsychose herauszuführen. Die seit Kriegsbeginn währende Zwangswirtschaft wurde allmählich abgebaut, aber die Produktion blieb weit hinter dem Warenhunger zurück, was zu einer sprunghaften Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgüter aller Art führte. Das Mißverhältnis zwischen Preis und Lohn wurde ständig größer und erzeugte ernste Gefahren im sozialen Gefüge der Städte, die sich in steigender Arbeitslosigkeit und hartnäckig geführten Tarifverhandlungen auszuwachsen drohten.

Zeitlich fielen die Ereignisse des Jahres 1948 mit der Wahl der Stadtvertretung und demzufolge mit dem Beginn der Amtsperiode des derzeitigen Stadtrates zusammen.

*

Die bisherigen Ausführungen sollten zeigen, in welcher Lage die Stadt sich befand, als der Rat der Stadt die Arbeit aufnahm. Verfolgen wir nun weiter, was in den verflossenen fünf Jahren geleistet wurde. Wo sollte mit der Arbeit begonnen werden und was stand der Stadt zur Bewältigung der vielen und vordringlichen Aufgaben zur Verfügung? Wie immer die Entscheidungen über die getroffenen Maßnahmen in den Ausschüssen oder im Stadtratskollegium gefallen sind, stets waren sie von dem Bestreben geleitet, die Bevölkerung aus ihrer Notlage herauszuführen und damit der Stadt am besten zu dienen.

Der Krieg mit seinen starken Zerstörungen von Wohnungen und Arbeitsplätzen und die Nachkriegsjahre mit ihren Flüchtlingsströmen haben auf Zahl und Zusammensetzung der Einwohner einen starken Einfluß ausgeübt. 1939 hatte Freiburg seine höchste Einwohnerzahl vor dem Kriege mit 108 487 erreicht. Nach der Katastrophe von 1944 waren noch etwa 40 000 Einwohner zurückgeblieben und im April 1945 zählte die Stadt eine Ernährungsbevölkerung von rund 58 000 Personen. Sobald der Lärm der Waffen ruhte, setzte der Zustrom der Einheimischen aus ihren Evakuierungsgebieten ein. Im Oktober 1946 erbrachte die Volkszählung einen Einwohnerstand von 93 975, der sich in den folgenden Jahren zunächst nur

langsam steigerte (Ende 1948 = 103 523 E), danach aber sprunghaft anstieg (Ende 1949 = 106 832, 1950 = 112 305, 1951 = 118 525, 1952 = 120 713).

Es ergibt sich daraus, daß Freiburg im September 1950 den höchsten Einwohnerstand der Vorkriegszeit bereits überschritten hatte. An dieser Zunahme war der natürliche Bevölkerungszugang nur geringfügig beteiligt. Der Geburtenüberschuß, der im Jahre 1938 bei weit geringerer Bevölkerungszahl noch 524 betragen hatte, erreichte im Kalenderjahr 1950 mit 636 seinen höchsten Stand und ist in der Folgezeit ständig zurückgegangen (1951: 542, 1952: 474).

Die starke Bevölkerungszunahme ist somit auf den beträchtlichen Wanderungsgewinn zurückzuführen. Lange Zeit hindurch sind durchschnittlich 1000 und mehr Menschen im Monat nach Freiburg zugezogen und nur ein Bruchteil davon ist abgewandert. Außer den aus der Gefangenschaft entlassenen Kriegsgefangenen sind auch viele Freiburger heimgekehrt, die während des Krieges obdachlos geworden in der näheren und weiteren Umgebung ein Unterkommen gefunden haben und nun in ihre Heimatstadt zurückdrängten, um hier ihrem Beruf wieder nachgehen zu können. Tausende warten noch darauf, nach Freiburg zurückzukehren. Viele von ihnen haben bereits ihren Arbeitsplatz wieder in ihrer Heimatstadt und kommen täglich als sogenannte Berufspendler aus ihren Wohnorten nach Freiburg. Die Gesamtzahl der Berufspendler beträgt nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950 rund 10 000.

Einen wachsenden Anteil an dem Wanderungsgewinn, den Freiburg in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, haben die Flüchtlinge und die Zugewanderten aus der Ostzone und aus Berlin. Allein die Haushaltungen von Heimatvertriebenen betragen 2 658 mit zusammen 5 615 Personen. Die Personenzahl der Heimatvertriebenen und Zugewanderten ist inzwischen auf fast 15 000 gestiegen.

Forscht man nach den Ursachen des ständig starken Zustroms, so sind wohl zwei Tatsachen als maßgebend hervorzuheben: Die günstige Verkehrslage der Stadt Freiburg und die Anziehungskraft, die von der wirtschaftlichen Belebung und den zahlreichen Arbeitsmöglichkeiten in der Stadt ausgeht. Vielfach wird der Zustrom als eine Belastung empfunden; das ist verständlich, wenn man den außerordentlichen Mangel an Wohnraum bedenkt. Er braucht auf die Dauer jedoch nicht unbedingt eine Belastung zu sein, denn die in die Großstadt strömenden Menschen kommen meist mit dem Wunsch, endlich wieder schaffen und in geordneten Verhältnissen leben zu können. Sie bringen dazu viel guten Willen und oft neue Ideen und fruchtbare Initiative mit. Die Stadt ihrerseits verdankt diesem aus der Not ausgelöstem Bestreben eine Fülle von Anregungen, die auch dem bodenständigen Leben neue Impulse geben. Das Angebot

an Arbeitsplätzen, das die Menschen zunächst anzog, die auf der Suche nach einer Existenz waren, ließ in ständiger Wechselwirkung durch die Unternehmungslust und die Tatkraft der neuen Einwohner wieder viele neue Arbeitsstätten entstehen, die dann zum wirtschaftlichen Wiederaufbau beitrugen.

Von den am 13. September 1950 in Freiburg gezählten 6 018 Betrieben mit 51 950 Beschäftigten waren damals, also vor drei Jahren, bereits 1 747 Neugründungen, in denen 6 564 Menschen tätig waren. Unter diesen 1 747 Arbeitsstätten wurden 106 sogenannte Ersatzarbeitsstätten gezählt. Damit sind solche Betriebe gemeint, deren Inhaber aus dem Osten kamen und für ihren dort aufgegebenen Betrieb hier einen neuen gründeten. Wenn auch die Zahl der Menschen, die in solchen Betrieben Arbeit und Brot gefunden haben mit 6 564 verhältnismäßig niedrig erscheint, so muß dabei berücksichtigt werden, daß die Unternehmen damals erst im Aufbau begriffen waren. Einen erfreulich stattlichen Anteil dieser neuen Arbeitsstätten machen dabei die Produktionsbetriebe aus.

Die Volkszählung 1950 hat zum erstenmal nach dem Kriege einwandfreie Unterlagen über die soziale Schichtung der Einwohnerschaft ergeben. Von den damals gezählten 109 717 Einwohnern sind 47 976 oder 43,7% sogenannte Erwerbspersonen, 17 800 oder 16,2% selbständige Berufslose, d. h. Sozialrentner, Beamte im Ruhestand, Unterstützungsempfänger, vom eigenen Vermögen lebende Personen, nicht im Elternhaus lebende Studenten u. ä. und 43 941 oder 40,1% Angehörige ohne Hauptberuf, die also von den ersten beiden Gruppen mit unterhalten werden. Im Vergleich zu 1939 ist der Anteil der Erwerbspersonen um 3,3 v. H. zurückgegangen, der Anteil der selbständigen Berufslosen hat dagegen um 6,7 v. H. und der der Angehörigen ohne Hauptberuf um 4,1% zugenommen. Ungefähr ein Drittel der 47 976 Erwerbspersonen sind Frauen und nicht ganz die Hälfte der hauptberuflich Erwerbstätigen sind Lohnarbeiter und Hausangestellte.

Die Aufgliederung der im Erwerbsleben stehenden Personen nach den wichtigsten Wirtschaftsbereichen ergibt die bemerkenswerte Tatsache, daß in Freiburg nur ungefähr ein Drittel der Gesamtzahl in der gewerblichen Produktion tätig ist und fast ebenfalls ein Drittel den Zweigen des Handels und Verkehrs angehört. Soweit ein Vergleich mit der Vergangenheit möglich ist, ergibt sich gegenüber 1939 ein Rückgang an Erwerbspersonen bei Handwerk und Industrie um 15,8 v. H. bei Handel und Verkehr um 9,7%, hingegen beim öffentlichen Dienst und privaten Dienstleistungen eine Zunahme um 48,9 v. H., wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß bei den Zahlen für den öffentlichen Dienst auch die bei der Besatzungsmacht Beschäftigten mit erfaßt sind.

Im Altersaufbau der Freiburger Einwohnerschaft hat sich, wie die Unterlagen des Statistischen Amtes ergeben, die Tendenz zur Überalterung fortgesetzt. Diese Überalterung begann bereits um die Jahrhundertwende sichtbar zu werden. War es anfangs die fortschreitende ärztliche Kunst, die die Sterbezahlen sinken und die mittlere Lebenserwartung ansteigen ließ, so wurde die sich immer mehr abzeichnende Entwicklung durch rückläufige Geburtenzahlen noch weiter gefördert, die 1914/18 und 1931/33 einen nie geahnten Tiefstand erreichten. Wie sehr sich das Strukturbild Freiburgs im Altersaufbau der Bevölkerung in einem Zeitraum von vier Jahrzehnten, also zwischen zwei Weltkriegen gewandelt hat, ist aus der Besetzung der Altersgruppen nach den Volkszählungen von 1910 und 1950 zu entnehmen; in diesem Zeitabschnitt ist der Anteil der Jugendlichen unter 6 Jahren an der Gesamtbevölkerung von 11,5% auf 7,4% zurückgegangen, gleichzeitig stieg der Anteil der über 65jährigen von 4,7% auf 11%.

Infolge des Aufrückens der stärkeren Geburtenjahrgänge aus der Zeit vor dem ersten Weltkriege wird die fortschreitende Überalterung bis etwa 1975 anhalten. Mit dem Sinken der Einwohnerzahl, sofern sie nicht auf die Dauer durch den Wanderungsgewinn ausgeglichen wird, dürfte sich allmählich ein normales Verhältnis von Jugend und Alter herausbilden. Bis zum Wendepunkt dieser Entwicklung ist also auch mit einem weiteren Ansteigen der Fürsorgelasten zu rechnen.

*

Die zwischen der Zerstörung 1944 und der Geldumstellung 1948 liegende Zeit war nicht nutzlos verstrichen, wenn auch praktisch nur wenig für den Wiederaufbau mangels Material und Arbeitskräften getan werden konnte. Dazu haben die schlechte Ernährungslage, das Fehlen von Kleidern und Schuhwerk und die Entwertung des Geldes beigetragen, lauter Umstände, die einen Breiteneinsatz der Bevölkerung zur Entrümmung unmöglich machten. Trotzdem fanden sich einige hundert Helfer aus allen Einwohnerschichten, die im organisierten Schippdienst an der Freilegung der Straßen und Plätze mitarbeiteten. Die gesamte Trümmermenge, die auf Straßen und zerstörten Grundstücken lag, wurde auf über 1 Million cbm geschätzt. Bald nach dem Großangriff wurde mit der Freilegung der wichtigsten Straßenzüge in der Altstadt begonnen. Da es jedoch an Fahrzeugen aller Art fehlte, war an eine Entfernung des Schuttes aus der Stadt vorerst nicht zu denken; 1946 konnten durch Handräumung ca. 6 000 cbm auf Halden geschafft werden; 1947 wurden erstmalig Großgeräte und eine Kleinbahn zum Transport eingesetzt, die abgefahrene Schuttmenge stieg auf 26 000 und in den folgenden Jahren auf 122 000 bis 174 000 cbm an, als man mit Bagger und zahlreichen Lkw. zur Flächenräumung überging. Bis Ende März 1953 sind rund 630 000 cbm

Schutt aus dem Stadttinnern auf großflächige Auffüllplätze in den Randgebieten abgefahren worden, außerdem wurden rund 200 000 cbm Schutt im Laufe der Jahre umgesetzt, so daß noch rund 300 000 cbm zu räumen sind. War bis zur Währungsreform die Schwierigkeit der Trümmerbeseitigung hauptsächlich von der Beschaffung der Geräte und der Arbeitskräfte beeinflusst, so kam nach 1948 als neue Sorge die erschwerte Geldbeschaffung hinzu. Bis heute sind für diese Aufgaben rund 3,5 Mill. DM verausgabt worden und die Stadt Freiburg mußte diesen hohen Betrag ohne Hilfe des Landes oder des Bundes selbst aufwenden. Es fehlt ein deutsches Trümmerräumungsgesetz, das alle damit zusammenhängenden Fragen eindeutig klärt. In zahlreichen Ländern der Bundesrepublik erhalten die ausgebombten Städte besondere Finanzausweisungen zur Deckung ihrer Kosten aus der einfachen Erwägung heraus, daß für die Kriegsfolgen nicht die betroffene Stadt allein, sondern die größere Gemeinschaft einzustehen hat.

Die Voraussetzung für einen zweckmäßigen und sinnvollen Aufbau ist eine wohlüberlegte und vorausschauende Planung. Die verantwortlichen Stellen unserer Stadt haben so früh wie nur möglich damit begonnen. In Verbindung mit bedeutenden Städtebauern hat die städtische Bauleitung schon 1946 einen grundsätzlichen Plan über den Wiederaufbau der zerstörten Teile der Stadt aufgestellt und zur öffentlichen Diskussion gebracht. Man ist dabei von der grundsätzlichen Erwägung ausgegangen, den Charakter der Altstadt Freiburgs als Zähringerstadt zu erhalten. Dieser Grundgedanke fand bei der Freiburger Bevölkerung und darüber hinaus bei den Fachkreisen sofortige Zustimmung. Allerdings kann es sich dabei nicht um eine kopiemäßige Wiederherstellung des alten Stadtkerns handeln; es gilt vielmehr, die jetzt gebotene Gelegenheit zu nutzen, um die früher entstandene Verfilzung der Innenstadt durch geeignete Maßnahmen, vor allem durch entsprechende Bauten und Zufahrtsstraßen zu beseitigen. Treffend faßte der Städtebauer Bernoulli aus Basel bei aller Klage über das Geschehene seine Eindrücke in dem Ausruf zusammen: „Ein Unglück, ja — aber auch eine Gelegenheit“.

Der von Oberbaudirektor Dr. Schlippe und seinen Mitarbeitern entworfene Aufbauplan lehnt sich an die bisherige Straßenführung an, die das Altstadtgebiet zu beiden Seiten der Kaiser-Joseph-Straße in Baublöcke aufteilt. Um die Kaiser-Joseph-Straße als Sammelpunkt des Verkehrs zu entlasten und noch mehr als bisher in ihrer Bedeutung als Hauptgeschäftstraße zu steigern, sollen annähernd parallel zu ihr verlaufende, rückwärtige Zufahrtsstraßen von 6,5 m Breite für Lastkraftwagen usw. als Einbahnstraßen auf der Westseite in nordsüdlicher, auf der Ostseite in südnördlicher Richtung quer durch die beiderseitigen Baublöcke geführt werden. Diese Be-

gleitstraßen machen es möglich, die bisherigen Fluchten der Kaiser-Joseph-Straße mit ihren Schwingungen und Ausbuchtungen beizubehalten. Die Gehwege werden durch Arkaden wesentlich verbreitert. Die Übernahme des Zähringerplanes in seinen wesentlichen Zügen hindert jedoch nicht, den Erfordernissen des neuzeitlichen Städtebaus zu entsprechen und leichte Verbesserungen aus hygienischen, sozialen und verkehrstechnischen Gründen durchzuführen. Die hauptsächlichste Straßenverbreiterung war in der Bertoldstraße zwischen Theater und Bertoldsbrunnen vorgesehen; sie ist inzwischen auch schon durchgeführt worden. Die Straßenquerschnitte sehen eine normale Fahrbahnbreite von 5,50 m für Einbahnverkehr und 6 m für Verkehr in beiden Richtungen vor. Die Kaiser-Joseph-Straße erhält eine durchschnittliche Fahrbahnbreite von 15,20 Meter. Weiter sieht der Wiederaufbauplan der Altstadt eine Ausbesserung der Baublöcke mit großen Innenhöfen vor. Die Belieferung der Geschäfte mit Waren soll nicht mehr von der Straße in den Laden, sondern von den zufahrtsfreien Innenhöfen in die Magazine erfolgen. Dadurch wird die Straße von parkenden Kraftwagen entlastet.

Im übrigen werden im Zuge des „Rings“ ausreichende Parkplätze geschaffen; damit wird die Wahrung der Verkehrsruhe auf dem Münsterplatz angestrebt.

Der Wiederaufbauplan der Nordstadt, der das restlos zerstörte Gebiet zwischen Bundesbahn, Schloßberg, Friedrichstraße und Albertstraße umschließt, sieht die Beibehaltung der alten Straßen vor. Straßenverbreiterungen sind hier weniger bedeutsam, demnach wird der Flächenverlust auch nur gering sein. Ursprünglich war dieses, um 1865 erschlossene Gebiet mit verhältnismäßig klaren Bauparzellen nur zu 40% bebaut und mit weiten Gartenhöfen ausgestattet; durch hinzugekommene Gewerbebetriebe und hohe Hinterhäuser war bis zur Zerstörung, ähnlich wie in der Altstadt, eine starke Verfilzung eingetreten. Die neue Bebauung wird etwa 65% der Fläche ausmachen und mindestens 35% für Innenhöfe, Grünflächen und Kinderspielplätze freihalten. Im allgemeinen ist eine dreigeschossige Randbebauung geplant; lediglich die Friedrichstraße als Geschäftsstraße wird viergeschossige Häuser aufweisen. Der Aufbau wird in 4 Blöcken vollzogen; die Umlegung kann bereits als abgeschlossen gelten. Die Nordstadt wird also wieder ein Wohn- und Gewerbegebiet in der engsten Peripherie des Stadtzentrums werden, und mit ihrem Wiedererstehen soll sich eine furchtbare Wunde im Herzen der Stadt schließen und die Wiedervereinigung der durch das Trümmerfeld voneinander getrennten Außengebiete vollzogen werden.

Das dritte Teilstück des Aufbauplanes gilt der Wiederherstellung des Stadtteils Stühlinger. Hier sind der Planung die gleichen Gesichtspunkte wie bei der Nordstadt zugrunde

gelegt, wobei jedoch eine schärfere Trennung der Baublöcke für Wohnzwecke und für Gewerbebetriebe angestrebt wird. Es ist daran gedacht, die gewerblichen Gebäude in ein oder mehrere Blöcke zusammenzufassen und die Wohnbaublöcke mit Ladengeschäften, Grünflächen und Kinderspielplätzen gesondert zu erstellen; die Einheitlichkeit des Städtebildes soll hierdurch besser gewahrt bleiben. Im übrigen kann auch im Stühlinger das vorhandene Straßennetz der Blockeinteilung zugrunde gelegt werden; Flächenverluste durch Straßenverbreiterungen sind unerheblich. Die Bebauung sieht ebenso wie in der Nordstadt dreigeschossige Straßenfronten mit lichten Innenhöfen vor, während im Hintergelände zweigeschossige Gewerbebetriebe Platz finden.

Schon bald nach der Fertigstellung dieser Richtlinien für den Wiederaufbau der drei hauptsächlich Schadensgebiete, die rund 4 qkm Trümmerfläche umfassen, wurde die Bürgerschaft mit den Plänen vertraut gemacht und ein Planungsausschuß gebildet, dem neben Vertretern der politischen Parteien auch solche der freien Architektenschaft, Verkehrsfachleute, Ministerien, der Polizeidirektion, der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, des Einzelhandelsverbandes und des Grund- und Hausbesitzervereins angehören. Dieser Sonderausschuß hatte die Pläne zu beraten und Vorschläge zur etwaigen Abänderung der Richtlinien zu machen. Bereits am 23. November 1948, also fast genau 4 Jahre nach der großen Katastrophe billigte der Stadtrat einstimmig die Grundgedanken für die bauliche Wiederherstellung der Stadt Freiburg. Alle Einzelheiten über die Durchführung des Planes sind dann in einem umfassenden Generalbebauungsplan zusammengetragen und in hunderten von Einzelplänen (z. B. Verkehrsplan, Grundflächenplan, Flächennutzungs- und Wirtschaftsplan) und Unterlagen durch Entwürfe erstellt worden, wobei die Umlegung der im Privatbesitz befindlichen Grundstücke in rechtlicher und materieller Hinsicht eine besondere Rolle spielt und erst durch ein besonderes vom badischen Landtag verabschiedetes Aufbaugesetz befriedigend geklärt werden konnte.

*

Über die für die Zukunft der Stadt Freiburg so dringende Festlegung ihres zukünftigen Städtebildes hinaus blieb die Aufgabe des Tages: Die Beseitigung der Schäden an G e b ä u d e n und W o h n u n g e n , um der Einwohnerschaft das Leben in der Stadt wieder lebenswert zu machen. Vor dem Beginn der Zerstörungen waren im Stadtgebiet rund 30 000 Wohnungen vorhanden; davon sind nur 8 000 unbeschädigt geblieben; rund 22 000 oder $\frac{3}{4}$ des Bestandes waren vernichtet oder beschädigt, darunter 6 500 total zerstört und 3 800 teils schwer, teils mittelschwer beschädigt. Bis 1. Juli 1948 waren etwa $\frac{3}{4}$ der leichtbeschädigten Wohnungen und rund $\frac{1}{3}$ der schweren Schäden

wieder instandgesetzt; außerdem wurden 24 Wohnungen in Behelfsheimen (Selgbauten), 77 Wohnungen in Holzhäusern am Mooswald und 20 Wohnungen in der Artilleriekaserne neu geschaffen. Faßt man die von der Stadt Freiburg, der Siedlungsgesellschaft, von privater Seite und gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften durchgeführten Neubauten und Instandsetzungen (insgesamt 11 405 Wohnungen) mit den unversehrt gebliebenen Einheiten zusammen, so verfügte die Stadt bei der Währungsreform über rund 19 500 Wohnungen. Bis zum gleichen Zeitpunkt sind außerdem 14 Behelfsläden am Theater und an der Dreisambrücke erstellt worden. Daneben liefen umfangreiche Instandsetzungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden und Baudenkmalern, die an anderer Stelle besonders erwähnt werden.

Nach dem Stichtag der Währungsreform war der Wohnungsbau in den Vordergrund der Maßnahmen des Stadtrats und der Stadtverwaltung gerückt. Einmal mußten die umfangreichen Zerstörungen und Beschädigungen aus der Kriegszeit aufgeholt, zum andern Ersatz für die von der Besatzung in Anspruch genommenen Wohnräume beschafft werden; schließlich hat die Einwohnerzahl die Vorkriegshöhe bereits 1950 überschritten und ist bis heute auf über 123 000 angestiegen. Täglich kommen fast 10 000 Arbeitskräfte als Berufspendler nach Freiburg; viele von ihnen haben vor der Zerstörung in der Stadt gewohnt und erstreben seit Jahren wieder eine wohnliche Unterkunft in ihrer alten Heimatstadt. Kein Wunder, daß der Wohnungsbau das vordringlichste Problem der Nachkriegszeit geworden ist. Durch das Zusammenwirken aller maßgeblichen Stellen der Stadtverwaltung, der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen und der privaten Bauherren sind in den Jahren 1949 bis Ende März 1953 insgesamt 5 062 Wohnungen durch Neubau, Wiederaufbau, Um-, An- und Ausbau gewonnen worden. Hinzu kommen ferner 50 Wohnungen, die in staatseigenen Gebäuden für Bedienstete der Landesregierung gebaut wurden; ferner hat die Bundesbahn 72 beschädigte Wohnungen instandgesetzt und 118 durch die Eisenbahn-Wohnungsbauengesellschaft neu gebaut. Die Bundespost hat für ihre Bediensteten gleichfalls eine größere Anzahl neuer Wohnungen durch hiesige Wohnungsunternehmen erstellen lassen. Anläßlich der Wohnungszählung am 13. Sept. 1950 wurde in Freiburg ein Bestand von 25 686 Wohnungen festgestellt. Dieser Bestand hat sich durch die Neu- und Wiederaufbautätigkeit sowie durch Freigabe bisher von der Besatzung beschlagnahmten Wohnungen bis Ende März 1953 auf 30 120 Einheiten erhöht. Damit ist der höchste Stand vor der Zerstörung bereits überschritten. Viel ist damit erreicht worden, jedoch hat die Wohnungsnot infolge des anhaltenden Zuzugs noch nicht fühlbar abgenommen. Auch hat sich das Tempo der Neubaugänge, die im Jahre 1951 mit 1 826 Wohnungen einen

bis dahin nie gekannten Höchststand erreichte, seit 1952 (1371) verringert. Die Ursache dieses Rückgangs ist vorwiegend in den wachsenden Schwierigkeiten der Finanzierung zu erblicken. Weil der Stadtrat nicht warten wollte, bis Hilfe von außen kam, hat er sich bereits 1949 entschlossen, den sozialen Wohnungsbau durch Darlehensaufnahme bis zur Grenze des Möglichen zu fördern. Diese Grenze ist erreicht und es kann nur mit Unterstützung des Landes, des Bundes oder anderer Geldgeber eine weitere Steigerung der so dringend notwendigen Neubautätigkeit erwartet werden.

An dieser Stelle muß auch auf die außerordentlichen Leistungen der Siedlungsgesellschaft Freiburg i. Br. im Wohnungsbau insbesondere zu Gunsten minder- und mindestbemittelter Volkskreise und kinderreicher Familien hingewiesen werden. Seit ihrer Gründung im ersten Weltkrieg und bis zum Jahre 1941 hat sie 1874 Wohnungen, darunter 1467 Stockwerkswohnungen, 379 Einfamilienhäuser und Kleinsiedlungen sowie 28 Kleinrentnerwohnungen erstellt. Davon sind bei der Katastrophe 1944 zus. 23 Gebäude mit insgesamt 134 Wohnungen total vernichtet und über 400 Wohnungen teils schwer teils mittelschwer beschädigt worden. Auch hier gestaltete sich der Wiederaufbau sehr schwierig. Die Stadtverwaltung stellte der Gesellschaft Darlehensmittel zur Verfügung, um sobald als möglich die herrschende Wohnungsnot zu lindern. Am 1. 4. 1953 war der Besitzstand der Gesellschaft auf 714 Gebäude mit 2996 Wohnungen angestiegen. Im laufenden Geschäftsjahr werden 428 Wohnungen erstellt, von denen bereits jetzt ein erheblicher Teil bezugsfertig ist.

Öffentliche Bauten

Mit der Wiederaufbautätigkeit auf dem Wohnungssektor gingen Hand in Hand die Instandsetzung der öffentlichen Bauten und mancher Besucher Freiburgs wird bei flüchtiger Betrachtung zunächst den Eindruck gewinnen, als ob der Schwerpunkt des Aufbaus in den Geschäftsvierteln der Innenstadt liege; hier wird er am deutlichsten sichtbar, weil sich auf den bisherigen Trümmerflächen ein neues großes Gebäude neben dem andern erhebt. Es ist noch nicht lange her, daß rings um den Bertoldsbrunnen nur Ruinen und Trümmerflächen zu sehen waren; allmählich aber schliessen sich die Lücken. Die Bedeutung Freiburgs als wirtschaftlicher Mittelpunkt des Oberrheingebietes spiegelt sich hier am stärksten wieder. Geschäfts- und Verwaltungsgebäude, Gaststätten und Läden, Stätten der Erholung und des Vergnügens geben der Innenstadt im Umkreis um den Bertoldsbrunnen das Gesicht einer Großstadt.

Wenige Schritte weiter kündigt der neuerstandene Theaterbau von dem Kultur- und Aufbauwillen der Freiburger Einwohner. Das Große Haus der Städt. Bühnen war im November

1944, von unzähligen Brandbomben getroffen, völlig ausgebrannt. Nur die erhalten gebliebenen Außenmauern gaben noch einen Eindruck von der einstigen Größe dieses Bauwerks. Um trotz der Not der Zeit dem Kulturbedürfnis der Einwohner eine Heimstätte zu schaffen, wurde 1945 und 1946 der Casino-Saal als Theater hergerichtet und danach der Saalbau Wiehre als Schauspielhaus umgebaut. Schon bald aber erwiesen sich die Bühnenverhältnisse in den Casino-Lichtspielen als völlig unzulänglich und entsprachen auch nicht den baupolizeilichen Vorschriften. Da gleichzeitig die noch stehengebliebenen Mauern und das Fundament des ausgebrannten Theaters vor dem weiteren Verfall gerettet werden mußten, um noch größeren Schaden zu verhüten, entschloß sich der Stadtrat 1949 zum Wiederaufbau des Großen Hauses. In einer Bauzeit von 11 Monaten gelang es den Bauleuten, in die noch erhaltene Hülle ein neues, von einem modernen Raumgefühl geprägtes Theater zu bauen. Am 1. Dez. 1949 waren die bühnentechnischen Einrichtungen fertiggestellt, am 10. des gleichen Monats wurde mit den Bühnenproben begonnen und am 30. Dezember fand die Eröffnung des Hauses nach Vollendung des ersten Bauabschnittes mit einer festlichen Aufführung der „Meistersinger von Nürnberg“ von Richard Wagner statt. In der Folgezeit wurde der Teilaufbau an der Sedanstraße für Magazine und Theaterschreinerei fertiggestellt und auf dem Gelände der ehemaligen Terrasse der Neubau eines Lichtspieltheaters mit 1 000 Sitzplätzen errichtet. Die Eröffnung der Theater-Lichtspiele „Die Kurbel“ fand am 27. Januar 1951 statt. Gleichzeitig sind an der Bertholdstraße als Erweiterung des ehemaligen Theaterkellers fünf Ladengeschäfte und im Obergeschoß ein großes Theaterrestaurant sowie eine Konditorei mit Ladengeschäft im Erdgeschoß errichtet worden. Vom Restaurant und der Konditorei ist ein direkter Zugang zum Theater-Parkett geschaffen, außerdem über die neuerrichtete Freitreppe an der Bertoldstraße ein direkter Zugang zum Restaurant. Um eine Verbindung zwischen Bertold- und Sedanstraße unter dem Theaterkomplex herzustellen, wurde eine Passage als Ladenstraße mit 3 Ladengeschäften und ca. 60 Ausstellungsvitrinen aufgebaut. Die Ausgestaltung des früheren Foyers an der Vorderfront des Großen Hauses zu einem Kongreß- und Vorführungssaal wurde im Sommer 1953 beendet. Damit ist in mehreren Bauabschnitten das Freiburger Stadttheater wieder erstanden, schöner und zweckmäßiger erbaut, als das ursprüngliche Große Haus und zugleich mit allen neuzeitlichen Erfordernissen der Bühnentechnik ausgestattet. (2,9 Millionen ohne Etatmittel.)

Nicht nur das Theater selbst, sondern die in seinem Umkreis gelegenen Gebäude haben durch den Bombenkrieg schwersten Schaden genommen. Nach Beseitigung der Trümmer und Ruinen hat inzwischen auch der Theaterplatz ein neues, wenn auch noch

nicht endgültiges Gesicht erhalten. An der Ostseite sind mit dem Restaurant Stoll beginnend eine Reihe Ladengeschäfte in eingeschossiger Bauweise entstanden. Ebenso sind an der Nordseite des Platzes vorläufig nur einstöckige Geschäftsbauten errichtet worden, die in Bälde aber einem modernen Großbau der Staatlichen Forstverwaltung weichen müssen. Aufgeräumt und in Straßenhöhe eingeebnet ist auch der Platz der völlig zerstörten früheren Synagoge; hier wird eine schmucke Grünanlage die Verbindung zum Universitätsbau herstellen, nachdem auch das schwer heimgesuchte Kollegiengebäude wieder instandgesetzt ist. Nach Süden ist der Theaterplatz durch den Wiederaufbau des bis auf die Grundmauern zerstörten Nordflügels des Rotteckgymnasiums und durch das errichtete Foyer für die Besatzungsoffiziere bis auf eine kleine Lücke abgeschlossen. Die rückwärtige Front des Theaters dient vorläufig als Parkplatz.

Die Bertoldstraße zwischen Theater und Bertoldsbrunnen ist im Zuge ihrer Wiederherstellung stark verbreitert worden. Mit der Instandsetzung des alten Kollegiengebäudes und der barocken Universitätskirche ist die nördliche Straßenfront nahezu völlig ausgebaut, und auf der Südseite schließen sich allmählich die noch vorhandenen Lücken.

Viele Kräfte der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft haben zusammengewirkt; sie haben in diesen Jahren mehrere moderne und eindrucksvolle Bauten erstehen lassen. Ihre klaren und schlichten Formen haben einen bestimmenden Einfluß auf das Aussehen der Stadt gewonnen. Einige besonders hervorstechende öffentliche Bauten sollen als Beispiel erwähnt werden. Da ist an der Kaiser-Joseph-Straße der „Basler Hof“ in Anlehnung an seine alten schönen Formen als Regierungsgebäude wieder errichtet worden. Gegenüber dem Siegesdenkmal wurde die zerstörte Karlskaserne als Karlsbau in monumentaler Schlichtheit neu aufgebaut auf kaufmännischer Grundlage und dient zur Zeit als Verwaltungsgebäude der Oberpostdirektion. Die Abteilung Wirtschaft des Regierungspräsidiums (früher Bad. Ministerium der Wirtschaft und Arbeit) hat ihren Sitz in einem neu erstellten Bürohaus in der Gartenstraße. Außerdem hat der Staat eine großräumige Kaserne für die Bereitschaftspolizei gebaut. Städtischerseits sind seit der Währungsreform wieder errichtet worden: Das alte Rathaus gegenüber der neuerbauten Martinskirche, das „Haus zum Walfisch“, das der Sparkasse dient, das Kommandogebäude der Feuerwehr in der Rotteckstraße, das außer der Branddirektion die Übernachtungsräume der Feuerschutzwachen beherbergt, außerdem mehrere Schulen und sonstigen öffentlichen Zwecken dienende Einrichtungen.

Hier darf nicht vergessen werden, was die Stadtverwaltung zum Wiederaufbau und Betrieb der **V e r e i n i g t e n k l i n i s c h e n A n s t a l t e n** beigetragen hat und noch ständig leistet.

Was in den Jahren 1923 bis 1939 mit großen finanziellen Mitteln von Staat und Stadt errichtet wurde, ist zum großen Teil dem Novemberangriff 1944 und den nachfolgenden Angriffen zum Opfer gefallen. Es war eine vordringliche Aufgabe der Stadtverwaltung (städt. Klinikwiederaufbaubüro), den Wiederaufbau zu beschleunigen, weil auch zahlreiche andere Krankenhäuser teils zerstört, teils schwer beschädigt waren und der Gesundheitsdienst für die einheimische und auswärtige Bevölkerung der Kliniken bedurfte. In mehreren Baustufen sind die Chirurgische Klinik, die Wirtschaftsgebäude, sodann die medizinische, die Hals-, Nasen- und Ohrenklinik, die Verwaltung, die Apotheke, sodann die Frauenklinik wiederhergestellt worden. Noch sind nicht alle Anstalten damit aufgebaut, verschiedene sind noch teils verlagert teils behelfsmäßig untergebracht, jedoch wurden von der Stadt Freiburg seit 1946 bis Ende März 1953 insgesamt aufgewendet:

In RM 1 022 206,94

in DM 6 383 687,57

*

Der Grundstücksverkehr zum Wiederaufbau der zerstörten Stadt, zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Ansiedlung neuer Industrie hatte in den Jahren 1948 — 1952 eine lebhafte Bewegung aufzuweisen.

Es wurden gekauft 185 Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 22 ha 85 ar 72 qm zu 2 739 110,— DM, verkauft 157 Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 28 ha 23 ar 87 qm zu 1 180 750,— DM, 144 Grundstücke mit 28 ha 48 ar 13 qm wurden gegen 140 Grundstücke mit 18 ha 71 ar 72 qm getauscht. Im Erbbau hat die Stadt von 1948 bis 1952 = 185 Grundstücke mit 16 ha 37 ar 0,9 qm auf durchschnittlich 99 Jahre abgegeben, für Industrie 20 ha 10 ar 34 qm. Für Besatzungsgeb. 26 ha 24 ar 90 qm.

Die von der Stadt verwalteten und bewirtschafteten Grundstücke (Äcker, Wiesen, Gärten und Plätze) weisen eine Gesamtfläche von 668 ha 36 ar auf. Rund 160 ha Wiesen befinden sich in der Selbstverwaltung des Liegenschaftsamtes; rund 225 ha Wiesen, rund 108 ha Äcker und rund 57 ha Gartenland werden von Landwirten, Handelsgärtnern und Kleingärtnern bewirtschaftet.

Der bebaute Grundbesitz der Stadt Freiburg umfaßte am 26. 11. 1944 = 1 753 städt. Wohnungen, die vom Liegenschaftsamte verwaltet waren. Durch den Bombenangriff auf Freiburg am 27. 11. 1944 sind 435 städt. Wohnungen zerstört worden. Im Wiederaufbau und durch Instandsetzungen sind bis 31. 12. 1952 = 1557 Wohnungen wieder bezogen. Die Mieteinnahmen betragen im Jahre 1944 = 879 400.— RM und 1952 = 1 219 000 DM.

Die städt. Freibäder (Faulerbad, Lorettobad, Strandbad und Freibad St. Georgen) erfreuten sich bei gutem Wetter eines gro-

ßen Zuspruchs. Das Faulerbad ist seit 1950 unter Mithilfe der hiesigen Sportvereine (persönlicher und unentgeltlicher Einsatz) teilweise wiederhergestellt. Das Lorettoabad, das bis 1951 von der Besatzungsmacht beschlagnahmt war, ist seit 1952 an den Sonntagen und an den Werktagnachmittagen der deutschen Bevölkerung freigegeben.

Im Aufbau Freiburgs nimmt die Verkehrsplanung einen wichtigen Platz ein. Die umfangreichen Zerstörungen haben die wohl einmalige Möglichkeit geschaffen, das Verkehrsnetz der Stadt durchgreifend zu bessern. Dabei sind nicht nur die im Laufe der zurückliegenden Jahrzehnte erkannten Verkehrsmängel zu beseitigen, sondern angesichts des stark ansteigenden Kraftfahrzeugverkehrs auch die erhöhten Ansprüche zu berücksichtigen, die die Zukunft bringen wird. In enger Zusammenarbeit mit dem Planungsamt hat das Tiefbauamt die Projekte des künftigen Verkehrsnetzes ausgearbeitet, anknüpfend an die Beobachtungen der Verkehrsentwicklung und des Verkehrsablaufes sowie an die Auswertung neuester Verkehrszählungen, aus der die künftige Verkehrsdichte voraus bestimmt ist.

Die Aufgabe des Tages aber ist für das Tiefbauamt die Betreuung der rund 550 km langen Straßen, Wege und Plätze, darunter 218 km befestigter Straßen; außerdem der 180 km Tiefkanäle und des 15 km langen Stadtbachnetzes. Allein von den befestigten Straßen waren 19 km mit 328 Bombenrichtern zerstört oder verschüttet, ferner 3,5 km Tiefkanal mit über 300 sichtbaren Schadenstellen versehen, außerdem 8 km Stadtbächle beschädigt. Die Hauptsorge galt zunächst der Beseitigung dieser Schäden, von denen bis zur Währungsreform rund 1,1 km befestigter Straßen mit 7880 qm Fahrbahn und 380 qm Gehwege wiederhergestellt waren. Außerdem wurden an den Tiefkanälen 238 Schadensstellen in über 2,5 km Länge beseitigt. Seit 1948 konnte neben der zügigeren Aufräumung und Instandsetzung des Straßennetzes auch die Neuherstellung von Straßen und Tiefkanälen erfolgen, die schon durch die Erschließung neuer Wohngebiete erforderlich war. Bis heute sind 25 neue Straßen in einer Gesamtlänge von 6,5 km und einer Gesamtfläche von 46 000 qm geplant und etwa zur Hälfte bereits fertiggestellt. 30 neue Tiefkanäle von 5,4 km Länge wurden gebaut, und fast das gesamte Stadtbachnetz ist wieder hergerichtet. Da während der langen Kriegs- und Nachkriegsjahre die Erneuerung der Straßendecken unterblieben ist, war der Zustand der Fahrbahnen und Gehwege allmählich zu einer Gefahr für den Verkehr geworden. Besonders die Hauptverkehrsadern mit starkem Autoverkehr mußten neu- oder umpflastert werden, so die Friedrichstraße, die Schwarzwaldstraße und die Salzstraße. Mit der Erneuerung war vielfach auch eine Verbreiterung der Fahrbahn notwendig, so der Vaubanstraße

zwischen Bertold- und Eisenbahnstraße, der Kaiserstraße zwischen Schuster- und Salzstraße und der Salzstraße zwischen Kaiser- und Dreherstraße. Die Verdichtung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen und Fahrrädern wächst sich allmählich zu einer Gefahr für den Fußgänger aus; zu seinem Schutz sind Verkehrsinseln an wichtigen Kreuzungspunkten und Straßenbahnhalteplätzen entstanden. Besonderes Augenmerk mußte auf die Schaffung von Parkplätzen verwendet werden, um die Fahrstraßen von parkenden Personen- und Lastkraftwagen freizuhalten. Alle mit dem wachsenden Verkehrsstrom zusammenhängenden Probleme ließen sich nicht in kurzer Frist lösen. Hierzu gehört auch die Ablenkung des Lastfernverkehrs aus dem Stadtinnern und die Anlage von Fernverkehrs- und Zubringerstraßen am Rande der Stadt. Die dazu notwendigen Vorarbeiten sind im Gang.

Versorgungsbetriebe

Die öffentlichen Einrichtungen und Betriebe, die Einwohner und Wirtschaft Freiburgs mit Wasser, Gas und Strom versorgen und die für die Beseitigung der Abfälle und Abwässer arbeiten, haben die schweren Kriegsschäden, die sie an ihren Erzeugungsstätten, Betriebseinrichtungen und den Rohr- und Leitungsnetzen erlitten hatten, fast völlig überwunden. Das allein wäre schon eine beachtliche Leistung gewesen, wenn man bedenkt, daß nach Beendigung der Kampfhandlungen 1945 unter der von Bomben aller Kaliber umgepflügten Oberfläche Freiburgs das komplizierte System des Versorgungsnetzes an unzähligen Stellen zerrissen und unterbrochen und die Versorgung weiter Teile der Stadt mit den notwendigen Dingen des täglichen Lebens, wie Wasser, Gas und Elektrizität zum Erliegen gekommen war. Es waren zerstört 97 km Wasserleitung von 242 km = 40%, 161 km Gasrohrleitung von 210 km = 76% und 276 km Stromleitung von 918 km = 30%. Ein Stadtteil nach dem andern wurde wieder an die Versorgung angeschlossen, außerdem sind die Versorgungsbetriebe tatkräftig an den Ausbau ihrer Leistungsfähigkeit gegangen, um den ständig steigenden Anforderungen gewachsen zu sein, die die zunehmende Zahl von Haushaltungen und die im Aufbau befindliche Wirtschaft an sie stellen. Der steigende Verbrauch von Strom und Gas ist jedoch keineswegs allein auf die wachsende Zahl der Abnehmer zurückzuführen; ständig werden neue Anwendungsmöglichkeiten für beide Energiearten entwickelt und von den Verbrauchern zu ihrer Erleichterung benutzt. Die Gasabgabe ist von 13,1 Mill. cbm in der Vorkriegszeit auf 23,2 Mill. cbm im Jahre 1952, mithin auf fast die doppelte Menge gestiegen. Der Wasserverbrauch hat sich von 8,5 Mill. cbm auf fast 10 Mill. cbm erhöht.

Stadtrat und Stadtverwaltung sind stets um einen der wichtigsten Grundsätze der kommunalen Versorgungswirtschaft, um die soziale Tarifgestaltung bemüht gewesen. Obwohl der Kohlenpreis gegenüber 1947 um über das Doppelte (220%) heraufgegangen ist, haben sich die Preise für Wasser und Strom nicht entsprechend geändert. Wenn auch der Preis, den die Hausfrau für das Gas bezahlen muß, nicht auf der alten Höhe (17 Pfg./cbm) sich halten ließ und auf 27 Pfg./cbm anstieg, so bedeutet dies immerhin nur eine Steigerung um ca. 58% und sie liegt trotz der revierfernen Lage Freiburgs mit entsprechend hohen Transportkosten für die Kohle nicht über den Spitzenpreisen in vergleichbaren Städten. Infolge der guten technischen und wirtschaftlichen Leistung der Werke sind die wiederholten Preiserhöhungen für Kohle und Eisen und die ebenfalls wiederholten Aufbesserungen der Löhne, also die beträchtliche Erhöhung der Herstellungskosten, innerbetrieblich aufgefangen worden. Damit scheinen die Werke, ihr Streben, die Tarife so niedrig wie möglich zu halten, aber auch bis zum äußersten erschöpft zu haben.

Die Beanspruchung der Werke hat in den vergangenen Jahren infolge der regen Wohnungsbautätigkeit und der allgemeinen Wirtschaftsbelebung ständig zugenommen. In den Jahren 1948 bis 1952 ist der Wasserverbrauch von 8,6 Mill. cbm auf 9,2 Mill. cbm, der Gasverbrauch von 19,3 auf 23,8 Mill. cbm und der Stromverbrauch von 34,2 auf 62,2 Mill. kWh gestiegen. Dem steigenden Bedarf mußten auch die Versorgungsleitungen sowohl in ihrer Ausdehnung als auch in ihrer Leistungsfähigkeit angepaßt werden. Die Gesamtlänge der Netze wurden erweitert, und zwar im Vergleich zur Vorkriegszeit das Wassernetz von 237 auf 252 km, das Gasrohrnetz von 208 auf 223 km und für die Stromzufuhr das Kabelnetz von 303 auf 324 km sowie die Freileitung von 368 auf 434 km. Die Leistungsfähigkeit der Versorgungsanlagen für Wasser und Gas ist bereits bis nahe an die Grenze der Bedarfsdeckung gelangt. Stadtverwaltung und Stadtrat haben daher die Planung für die Erweiterung der Betriebe in Angriff genommen.

Die Wasserversorgung der Stadt, die bisher durch das Wasserwerk bei Ebnet erfolgte, ist ernstlich gefährdet, weil die vorhandenen Einrichtungen zur Deckung des Spitzenbedarfs für die Gesamtbevölkerung in sommerlichen Trockenzeiten nicht mehr ausreichen und das benötigte Wasser in erforderlicher Menge fehlt. Im Jahre 1950 lag die mittlere Tagesförderung bei 24 400 cbm, die höchste bei 31 700 cbm; dem entspricht ein Verbrauch von 225 bzw. 292 l je Kopf und Tag. Für die Zukunft wird ein Bedarf von 54 000 cbm je Tag und ein Spitzenverbrauch von 80 000 cbm errechnet. Die im Wasserwerk noch mögliche Leistungssteigerung ist mit etwa 6 000 cbm je Tag begrenzt. Andere Möglichkeiten zur Wassergewinnung bieten

sich im Mooswald, im Rheintal südlich des Kaiserstuhls und im Bruggatal bei Oberried. Im Mooswald werden schon jetzt täglich 9 000 cbm Grundwasser für gewerbliche Zwecke gewonnen. Eine wesentliche Steigerung ist bei der Erschließung des benachbarten Industriegebietes nicht zu erwarten.

Der wasserwirtschaftlichen Rahmenplanung für die Stadt Freiburg stehen daher nur zwei Standorte zur Auswahl; einmal das Gebiet südlich des Kaiserstuhls und außerdem das Bruggatal bei Oberried; hier wären ausreichende Wassermengen vorhanden. Im Rheintal steht in 50 m Tiefe genügend Wasser zur Verfügung. Es müßte in einem Behälter auf dem östlich gelegenen Tuniberg gefaßt und von dort durch eine Pumpstation den Hochbehältern im Verbrauchsgebiet zugeführt werden. Die Ausbaukosten werden auf 24 Mill. DM geschätzt; hinzu kommt ein jährlicher Pumpstromverbrauch von 12,5 Mill. kWh mit 1,2 Mill. DM Kosten. Das Bruggatal-Projekt sieht den Ausbau einer Talsperre oberhalb des Ortes Oberried vor. Für den Bau der Sperre ist die Errichtung eines Dammes von mindestens 65 m Höhe bei 7 Mill. cbm Inhalt des Staudammes notwendig. Das Wasser soll zugleich in einer Wasserkraftanlage genutzt werden mit einer mittleren Leistung von 3000 kWh bei 9,5 Mill. kWh Jahresarbeit. Die Ausbaukosten belaufen sich hier auf ca. 35 Mill. DM. Da das Wasser mit einem natürlichen Gefälle dem Stadtgebiet zufließt, werden im Gegensatz zum Rheintalprojekt die Pumpkosten in Höhe von jährlich 1,2 Mill. DM erspart.

Mit dem Bau eines neuen Wasserwerkes sind auch aufs engste verschiedene andere Aufgaben verbunden, so die Erweiterung des Leitungsnetzes, die Stadtentwässerung und der Ausbau der Abwasserreinigungsanlagen.

Die Gasversorgung Freiburgs kann jetzt auf eine bald 100-jährige Betriebsdauer zurückblicken. Die erste Gasanstalt war auf dem Platz der Johanniskirche errichtet, aber ihre Leistungsfähigkeit war sehr begrenzt und zwang die Stadtverwaltung bereits in den achtziger Jahren zur Erstellung eines größeren Werkes, das in der Ferdinand-Weiß-Straße eingerichtet wurde. Die seit der Jahrhundertwende stark gewachsene Bevölkerung und der mit dem wirtschaftlichen Aufstieg verbundene Bedarf an Industriegas zwang in den dreißiger Jahren zur Errichtung einer noch leistungsfähigeren Anlage, die außer der Haushaltsversorgung und Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet auch eine Anzahl Gemeinden der Freiburger Umgebung zu beliefern hatte. Das 1936 in Betrieb genommene Werk, das am Stadtrand im Mooswaldgelände erbaut wurde, ist mit den modernsten Einrichtungen für die Gasbereitung, Koksherstellung und Erzeugung von verschiedenen Nebenprodukten wie Teer, Benzol, Naphtalin, Ammoniakwasser u. ä. versehen. In vorausschauender Planung ist die stufenweise Ausbaumöglichkeit dieses Gaswerks bis zu einer Tagesleistung von 80 000 cbm

mit 8 Öfen vorgesehen worden; und auf diese Höchstleistung wurden alle dem Werk zugehörenden Anlagen wie Kohlenlager, Apparatehaus, Lagerhochbahn, Gasreinigeranlage u. a. m. zugeordnet. Im vorigen Jahr wurde der Endausbau des Werkes auf die planmäßige Höchstleistung durchgeführt. Bei einem Stand von 10 Mill. cbm im Jahre 1932 wurde damals für 1950 ein Gasbedarf von 19 Mill. cbm vorausberechnet; tatsächlich sind 1950 schon 20,6 Mill. cbm Gas abgesetzt worden. Trotz der Gaspreiserhöhung im Juni 1952 von 23 Pf. auf 27 Pf. ist der Bedarf nicht zurückgegangen, sondern sogar noch gestiegen und wie aus der Statistik hervorgeht, mehren sich die Tage, an denen die Spitze von 80 000 cbm erreicht und überschritten wird. Mit zunehmender Wohnbautätigkeit wird auch der Gasverbrauch weiterhin ansteigen, und bei einer jährlichen Zunahme des Gasabsatzes um 5% würde die durchschnittliche tägliche Gasabgabe im Jahre 1956 auf 80 000 cbm angelangt sein, womit die Grenze der Erzeugung mit den vorhandenen Anlagen erreicht ist. Die in der Denkschrift von 1932 vorgesehene Erweiterung der vorhandenen Gaserzeugungsanlagen, nämlich ein weiterer Ausbau des Gaswerkes in den Mooswald hinein, bildet den einzigen in Betracht kommenden Ausweg. Die dazu notwendigen Pläne sind genehmigt und mit dem Ausbau wurde begonnen. Die Erweiterung erfolgt stufenweise mit einem Endausbau für die Herstellung von 200 000 cbm Gas pro Tag. Die Kosten für Geländeankauf, Ausbau und Einrichtung sind mit 7 Mill. DM veranschlagt.

Die Stromversorgung der Stadt hat im Vergleich zum Jahre 1938 eine ganz enorme Ausdehnung erfahren; die verkaufte Strommenge ist von 30,7 Mill. kWh auf 62,2 Mill., also auf über das Doppelte gestiegen. Wohl sind die Maschinenzentrale und das Schalthaus in der Ferdinand-Weiß-Straße durch die Luftangriffe nur geringfügig beschädigt worden, dagegen haben das Leitungsnetz und einige Umspannstationen in den zerstörten Stadtgebieten sehr stark gelitten, und die Möglichkeiten zur Instandsetzung waren bis zur Währungsreform naturgemäß sehr beschränkt. Seit 1948 aber wurde nicht nur das bisherige Versorgungsnetz instandgesetzt, sondern auch die Installation neuer Leitungen und Kabel durchgeführt. Das Badenwerk als Stromlieferant hat in den Jahren 1950 und 1951 auf dem stadteigenen Werkgelände eine neue 110 kV - Freiluft - Schalt- und Umspannanlage eingerichtet, die es notwendig machte, die städtischen Einrichtungen entsprechend zu verstärken und zu erweitern. Die schon vor Kriegsausbruch begonnene Umstellung sämtlicher Abnehmer von Gleich- auf Wechselstrom ist nach 1948 fortgeführt und zum Abschluß gebracht worden. Hand in Hand damit erfolgte der Ausbau der Kabelnetz - Drehstrom - Anschlüsse, deren Ausdehnung heute erheblich über den Vorkriegsstand hinausgeht. Bemerkenswert ist die Wandlung im

Stromabsatz im Vergleich zur Vorkriegszeit. Von den im Jahre 1938 verkauften 30,7 Mill. kWh entfielen 13,9 Mill. (= 45,3%) auf Tarifabnehmer, fast die gleiche Menge, nämlich 13,7 Mill. (= 44,6%) auf Sonderabnehmer, sodann 1,9 Mill. (= 6,2%) auf die Straßenbahn und 1,2 Mill. (= 3,9%) auf die öffentliche Beleuchtung. 1952 dagegen war der Bedarf der Tarifabnehmer mit 30,9 Mill. kWh (= 49,8%) größer als der Gesamtverkauf in der Vorkriegszeit, und auch der Stromabsatz an die Sonderabnehmer ist von 13,7 Mill. auf 22,4 Mill. gestiegen. Die Straßenbahn hat gleichfalls ihren Strombedarf gesteigert (von 1,9 auf 2,8 Mill. kWh). In der Nachkriegszeit ist sodann der Bedarf der Besatzungsmacht mit 4,5 Mill. kWh hinzugekommen, so daß die Gesamtmenge auf 62,1 Mill. gestiegen ist. Es ist auch in Zukunft mit einer erheblichen Zunahme des Stromverbrauchs zu rechnen; so wird sich die in den zurückliegenden Jahren seit 1948 durchgeführte Erweiterung der Einrichtungen des Werkes und die Verstärkung des Leitungsnetzes als zweckwäßig erweisen. In der Stromversorgung ist Freiburg für alle künftigen Bedarfsansprüche gerüstet.

Die Straßenbahn hat bis Kriegsausbruch den Verkehr mit ihrem gut ausgerüsteten Fahrzeugpark reibungslos durchgeführt; sie konnte die alljährlich steigende Zahl von Fahrgästen mühelos befördern. Wohl sind die während des Krieges eingetretenen Mängel an Fahrzeugen und Betriebseinrichtungen sowie die wachsende Personalknappheit nicht ohne Einfluß auf die Betriebsabwicklung geblieben, aber der Verkehr konnte bis 1944 in geregelter Form abgewickelt werden. Schlagartig änderte sich die Lage mit der Katastrophe im November 1944. Zur Zeit des Angriffs waren etwa 30 Straßenbahnwagen und drei Omnibusse im Dienst eingesetzt. Die Betriebseinrichtungen wurden stark zerstört. Die Oberleitung fiel auf einer Länge von 16 800 m mit zahlreichen Masten und sonstigen Fahrdrabtbevestigungen dem Angriff zum Opfer und 895 m Gleis wurden total zerstört, außerdem waren 4 Straßenbahntriebwagen und ein Beiwagen vollständig zertrümmert und 26 Straßenbahnwagen teils schwer und teils leicht beschädigt. Zusammen mit den in Mitleidenschaft gezogenen Omnibussen sind von 92 vorhandenen Fahrzeugen 34 außer Betrieb gesetzt worden.

In der ersten Zeit nach Kriegsende wurden Fahrzeuge und Betriebseinrichtungen außerordentlich starken Belastungen unterworfen. Die Beförderungsziffern stiegen von Monat zu Monat, bis sie schließlich eine nie gekannte Höhe erreichten. Die Zahl der beförderten Personen je Wagen-km ist von 4,5 Personen in der Vorkriegszeit auf 16,13 Personen angestiegen.

Erst vom Zeitpunkt der Geldumstellung an setzte auch bei der Straßenbahn ein grundlegender Wandel ein. Viele der aus Materialmangel oder sonstigen Umständen bisher unterbliebenen Instandsetzungsarbeiten konnten nunmehr durchgeführt

werden. Auch die übersetzte Beförderungsfrequenz kehrte in normale Grenzen zurück und brachte eine fühlbare Entlastung des Wagenparks. Nach Behebung der anormalen Verhältnisse konnte endlich ein planvoller Wiederaufbau einsetzen.

Um den Verkehrswünschen breiter Bevölkerungsschichten Rechnung zu tragen, wurde auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, die Straßenbahn in den ursprünglichen Straßenzügen zu belassen, wenn nicht das Stadtzentrum seine Bedeutung verlieren soll. Auch bei der Entscheidung darüber, welches Verkehrsmittel künftig zum Einsatz kommen soll, wurde von seiten der Straßenbahn stets die Auffassung vertreten, daß in einem eng bebauten Stadtgebiet der Obusbetrieb niemals die Leistungsfähigkeit einer Schienenbahn erreichen kann. Dem Obus- oder Omnibusverkehr soll im wesentlichen die Rolle des Zubringerdienstes zufallen.

Zwei Wartehallen wurden völlig zerstört, während die Wagenhalle an der Komturstraße durch Steinschlag erhebliche Glasschäden erlitt. Der Lagerschuppen an der Kaiserstuhlstraße und zwei weitere Wartehallen wurden ebenfalls beschädigt. Die Schäden an den Gebäuden wurden nach und nach behoben. Vordringlich war die Errichtung einer neuen Wagenhalle, da das Depot in der Urachstraße für die Unterstellung nicht ausreichte und ständig bis zu 25 Wagen im Freien abgestellt werden mußten, wo sie stark den Witterungseinflüssen ausgesetzt waren. Gleich nach der Währungsreform wurde mit der Planung begonnen und nach einjähriger Bauzeit konnte die Halle auf betriebseigenem Gelände an der Komturstraße Mitte April 1950 noch rechtzeitig und baubillig in Betrieb genommen werden.

Zum Schutze der Fahrgäste sind einige Wartehallen an den Hauptpunkten des Liniennetzes errichtet worden. Zwei dieser Hallen wurden zusätzlich mit Räumen für das Fahrpersonal und für Verkaufsstellen der Fahrtausweise ausgestattet.

Der Wagenpark war in der Nachkriegszeit außerordentlich stark beansprucht worden; es bedurfte aller Anstrengungen der techn. Stellen, die Wagen fahrbereit zu halten. Die Zahl der einsatzfähigen Fahrzeuge ging immer mehr zurück. Außerdem mußten aus Gründen der Verkehrssicherheit einige der alten, aus dem Jahre 1901 stammenden Triebwagen aus dem Verkehr gezogen werden. Im Zuge des Aufbaus sind zehn überaltete Beiwagen abgetragen und die noch brauchbaren Untergestelle mit neuen und größeren Wagenkästen versehen worden. Ähnlich lagen die Verhältnisse beim Omnibus-Wagenpark. Die vorhandenen Fahrzeuge, die während des Krieges auf Stadtgasbetrieb umgestellt wurden, sind nach und nach auf Dieseltrieb umgebaut und zum Teil gleichzeitig mit neuen zweckmäßigen Aufbauten versehen worden. Zur Bewältigung des zunehmenden Verkehrs auf den Zubringerlinien war die Beschaffung von neuen Fahrzeugen unumgänglich.

Durch den Ankauf von 11 Straßenbahn-Triebwagen, 15 Straßenbahnbeiwagen, 13 Omnibussen und 7 Omnibusbeiwagen konnte der Wagenpark auf einen, den heutigen Erfordernissen entsprechenden Stand gebracht werden. Die neuen Wagen haben nicht nur ein gefälliges Aussehen, sie sind auch in ihrer technischen Ausrüstung und Leistungsfähigkeit den alten weit überlegen und erfüllen die an sie gestellten Erwartungen.

Die Omnibuslinien sind nach Fertigstellung der zerstörten Straßendecken wieder in Betrieb genommen worden. Gerade ihnen kam eine erhöhte Bedeutung zu, da durch die Zerstörung der Innenstadt ein großer Teil der Bevölkerung in die Randgebiete und Außenbezirke der Stadt umgesiedelt war.

Für die noch außer Betrieb befindlichen Gleisstrecken mußte neues Gleismaterial beschafft werden. Durch den eingleisigen Ausbau der Friedrichstraße konnte die Verkehrsverbindung zwischen den Stadtteilen Haslach und Herdern wieder hergestellt werden. Da die Gleiserneuerung über ein Jahrzehnt unterlassen wurde, war auf diesem Arbeitsgebiet eine Fülle von Aufgaben angefallen.

Die S c h a u i n s l a n d b a h n A. G., die im Juli 23 Jahre im Dienst des Fremden und Erholungsverkehrs steht, hat die Kriegs- und Nachkriegszeit ohne wesentliche Störungen überwunden. Zwar war sie längere Zeit nur für die Besatzung zugelassen, Nachdem über die Kriegszeit durch die Verlagerung von Lazaretten und Kliniken in die Höhenhotels des Schauinslandes ihre auf die Nachtzeit beschränkte Fahrtbereitschaft eine wichtige Funktion ausübte, nämlich die Versorgung der hochgelegenen Einrichtungen mit allem Notwendigen durchzuführen. Lediglich aus Sicherheitsgründen sind nach der Währungsreform zwei neue Zugseile angeschafft und aufmontiert worden; desgleichen wurden die Akkumulatorenbetriebe nach über 20-jähriger Verwendung erneuert. Seit der Geldumstellung hat die Fahrgastzahl ständig zugenommen; 1952 wurden rund 200 000 Fahrgäste befördert. Die Fahrpreise sind trotz höherer Löhne und Materialpreise unverändert geblieben. Trotzdem konnten notwendige Neuanschaffungen aus eigenen Betriebsmitteln gedeckt werden.

Die Zubringerlinie (Omnibusse) hat durch Bombentreffer auf die im Walde abgestellten Wagen erheblichen Schaden erlitten. In den Jahren 1948 und 1949 wurden zwei Büssing-Omnibusse beschafft, die je 37 Sitzplätze haben und mit Dieselantrieb ausgerüstet sind. Notfalls stellt die städtische Straßenbahn der SAG weitere Omnibusse zur Verfügung.

Zur Erhöhung der Sicherheit in den Straßen der Stadt ist der Ausbau der S t r a ß e n b e l e u c h t u n g beträchtlich vorangebracht worden. 1945 mußte die Straßenbeleuchtung fast ganz eingestellt werden, weil nur wenige Leuchten erhalten geblieben sind und außerdem der Kohlenmangel dazu führte, daß

gerade noch der Bedarf der Besatzungsmacht an Gas und Strom gedeckt werden konnte. Von 2 290 Gasleuchten der Vorkriegszeit konnte 1945 keine benutzt werden, bis 1952 aber waren 2 240 wieder instandgesetzt und im Betrieb. Von 1 458 Stromleuchten (1939) wurden 1 233 durch Kriegseinwirkung beschädigt oder zerstört, bis Juni 1948 350 instandgesetzt und 151 neu errichtet. Ende März 1952 betrug die Zahl der elektrischen Straßenleuchten 1 621, also 163 mehr als 1939 in Betrieb waren. Freiburg ist wieder eine helle Stadt geworden, und es ist dafür Sorge getragen, daß bei den verhältnismäßig ungünstigen Verkehrsverhältnisse auf den Hauptverkehrsadern die Beleuchtungsverhältnisse weiterhin verbessert werden.

Wenn Freiburg seinem früheren guten Ruf wieder Ehre macht, eine besonders saubere Stadt zu sein, so ist das auch darauf zurückzuführen, daß die Trümmerflächen mehr und mehr verschwanden. Aber auch die wesentliche Verbesserung der **S t r a ß e n r e i n i g u n g** hat dazu beigetragen, die Sauberkeit in den Straßen zu heben. Der Städt. Fuhrpark, dem die Straßenreinigung obliegt, hat durch den Krieg seine gesamte Einrichtung, die Fahrzeuge, die Werkstätten und Garagen, die Büros, Lagerräume, Tankstelle, Ersatzteile sowie ein Wohnhaus mit fünf Wohnungen restlos eingebüßt; hier mußte nach Kriegsende und nach Beseitigung der Trümmer von Grund auf neu begonnen werden. Ein Mietlastkraftwagen mit Holzvergaser, der am Katastrophentag zufällig außerhalb des Fuhrparks untergestellt war, war als einziges Fahrzeug gerettet worden. Mit alten aufgekauften Wehrmachtsfahrzeugen wurde ein Anfang des Wiederaufbaus gemacht; aus zwei ehemaligen Sanitätskraftwagen wurde ein Leichenwagen und ein Schlammtransportwagen hergerichtet, mit Holzgeneratoren ausgestattet und das erforderliche Tankholz auf dem Schauinsland geschlagen. Nach Überwindung der drei schweren Jahre nach Kriegsende konnte endlich der Aufbau des Fuhrparks in der Elsässerstraße, die Beschaffung von Spezialfahrzeugen für die Straßenreinigung und die Schneeräumung erfolgen. Die zu säubernde Straßenlänge beträgt rund 240 km; davon werden die Straßen der Innenbezirke täglich und die Außenbezirke wöchentlich zweimal gereinigt. Mit dem Einsatz von selbstaufnehmenden Kehrmaschinen wurde die Straßenreinigung sehr beschleunigt; denn die Maschinen säubern täglich 45 km Straßen mit zwei Bedienungsleuten, während bei Handreinigung 12 Arbeiter notwendig wären. Heute stehen für Straßenreinigung 13 Spezialfahrzeuge und auf die 20 Kehrbezirke verteilt, insgesamt 86 Arbeitskräfte zur Verfügung, die Werktag wie Sonntag für die Sauberkeit unserer Straßen sorgen.

Ebenso wie die vorerwähnten Einrichtungen hat auch die **D e s i n f e k t i o n s a n s t a l t** im Rahmen des Gesundheitswesens recht erhebliche Aufgaben zu erfüllen. Das beweist

schon die ständig wachsende Zahl von Arbeitsfällen, die im Kalenderjahr 1951 auf über 1400 angewachsen ist. Zu ihrem Arbeitsbereich gehören die Entseuchung, d. h. die Maßnahmen zur Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten, sowie die Entwesung, also die Vertilgung und Bekämpfung von Ungeziefer aller Art.

Der Sauberkeit und Hygiene dient vor allem auch die Müllabfuhr. Wir haben uns schnell und gern daran gewöhnt, daß wie ehemals regelmäßig die Abfälle abgeholt werden. Die Leistungsfähigkeit der Müllabfuhr ist durch Spezialmüllwagen so gesteigert, daß in den letzten Jahren fast alle Stadtteile zweimal wöchentlich befahren werden konnten.

Der jährliche Anfall von über 60 000 cbm Müll gab zu überlegen, wohin diese Mengen verbracht oder wie sie verwertet werden sollen, nachdem die seit vielen Jahren benutzte Müllgrube am Schlierberg zugeschüttet war. Freiburg hat einen neuen Weg der Müllverwertung beschritten und versucht, mit den Abfallprodukten weniger ertragreiches Gelände zu meliorieren. Zu diesem Zweck wird die vorhandene Humusschicht in ca. 20 cm abgehoben, sodann der Boden mit 1,20 m Müll aufgeschüttet und mit der Humusschicht überdeckt. Das Ergebnis war überraschend günstig; die Ertragfähigkeit des Bodens konnte wesentlich gesteigert werden und zahlreiche Anträge von Landwirten, Gärtnereien und Forstbetrieben auf Müllanlieferung beweisen, daß die durch Abfallprodukte erzielte Humusgewinnung nutzbringend ist.

Eine nicht minder wichtige Aufgabe im Dienste der Volksgesundheit ist die Beseitigung der Abwässer. Diesem Erfordernis hat die Stadt Freiburg schon frühzeitig ihr Augenmerk zugewendet und Anfang der neunziger Jahre das Rieselgut zur Beseitigung und Reinigung der Abwässer sowie gleichzeitig zur landwirtschaftlichen Verwertung der darin enthaltenen Dungstoffe angelegt. Seit der Inbetriebnahme im Jahre 1892 mußten die Anlagen bereits zweimal erweitert werden. Aber auch die heutige Größe des Rieselgutes mit 335 ha Gesamtfläche und rund 280 ha Rieselfläche reicht bei der zunehmenden Besiedlung der Stadt und dem steigenden Zufluß an Abwässern zur Wasseraufnahme nicht mehr aus; die Stadt Freiburg muß in naher Zukunft für weitere Reinigungsmöglichkeiten Sorge tragen. Sie ergibt sich auch im Zuge der erweiterten Wasserversorgung der Stadt. Schon jetzt beträgt der tägliche Wasserzufluß rund 40 000 cbm; er wird sich in wenigen Jahren auf das anderthalbfache, also auf etwa 60 000 cbm erhöhen. Die Aufnahmefähigkeit des Rieselgeländes ist begrenzt; eine mehrfache Berieselung des Bodens beeinträchtigt seine Ertragfähigkeit nach einer gewissen Übersättigung. Es müssen also neue Wege zur Abwasserbeseitigung beschritten werden,

die auch den Erfordernissen der Hygiene Rechnung tragen und sich bereits im Vorstadium der Planung befinden.

Der S c h l a c h t - und V i e h h o f , der unmittelbar im Dienste der Einwohnerschaft und ihrer Versorgung mit dem wichtigen Nahrungsmittel Fleisch steht, hat seine nicht allzu erheblichen Kriegsschäden bald beheben können und seit der Währungsreform an der Modernisierung und Erneuerung seiner Einrichtungen energisch weiter gearbeitet. Die Großvieh- und Kälberschlachthallen wurden durch Verlegen von weißen Wandplatten in einen hygienisch einwandfreien Zustand gebracht. Die Beleuchtungsverhältnisse wurden verbessert, Parkplätze innerhalb des Schlachthofes angelegt und ein Pferde- und Not-schlachtungshaus geschaffen. Auch neue Spezialmaschinen wurden beschafft und außer der Umstellung des bisherigen Dampfversorgungssystems auf Warmwasserversorgung, mit dem Einbau von zwei Warmwasserkesseln und 12 Entnebelungs- und Warmluftbeheizungsapparaten begonnen. Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Schlacht- und Viehhofes sind in den letzten Jahren ständig gestiegen und werden in den kommenden Jahren noch weiter wachsen. Um so dringender ist die restlose Rückgabe der von der Besatzungsmacht belegten Betriebsanlagen. Interessant ist, wie sich der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte in Freiburg gewandelt hat. Vor dem ersten Weltkrieg (1913) betrug er 58,1 kg auf das Jahr, das sind 160 g Fleisch pro Tag und Kopf der Bevölkerung. Im letzten Normaljahr vor dem zweiten Weltkrieg war der Konsum auf 50 kg oder auf eine Tagesmenge von 136 g zurückgegangen. Durch die Kontingentierung von Schlachtvieh und Fleisch, verbunden mit einer Klassifizierung des Schlachtviehs war in den Jahren vor dem Krieg und während des Krieges die Marktbindung eingeführt worden. Dadurch konnte kein eigentlicher Schlachtviehhandel getrieben werden. Die Marktbindung hörte zwar bei Kriegsende auf, aber die Kontingentierung für Fleisch blieb bestehen und die Verbrauchsmengen wurden weiter zurückgesetzt. In den Jahren 1945 bis 1948 durften dem zivilen Sektor nur Tiere der C und D-Klasse und einige wenige B-Tiere zugeteilt werden, während die gutgenährten, ausgemästeten Tiere der Klassen A und B sowie fast sämtliche Schweine von der Besatzungsmacht beansprucht wurden. Die Prokopfmenge ging daher rapide zurück und betrug beispielsweise zwischen 1945 und 1947 pro Jahr noch 7,0 bis 7,8 kg, was einer Tagesration von 19 bis 21 g entsprach. Ab 1949 fielen endlich die Kontingentierungsmaßnahmen und der Fleischverbrauch stieg von Jahr zu Jahr an; er belief sich 1949 auf 21,5 kg (= 60 g pro Tag) und 1952/53 auf 35,7 kg (= 97,4 g pro Tag).

Während der mageren Versorgungsjahre in der Kriegs- und Nachkriegszeit hat das S t ä d t i s c h e R i e s e l g u t Munden-

hof tatkräftig zur Besserung der Ernährungslage der Einwohnerschaft beigetragen. In jahrzehntelanger mühevoller Arbeit ist hier ein geringwertiger ehemaliger Waldboden durch Abwässerdüngung und weitere Kulturmaßnahmen allmählich in landwirtschaftlichen Kulturboden verwandelt worden, der nun Jahr um Jahr höhere Erträge abwirft. Der volkswirtschaftliche Nutzen der hier geleisteten Arbeit tritt am augenfälligsten in den während der Notjahre 1945 bis 1948 gelieferten Erzeugnissen zutage. Jährlich wurden zur Allgemeinversorgung abgeliefert: Aus der Viehwirtschaft: 313 500 l Milch, 34 Stück Großvieh, 70 Stück Kälber zum Schlachten, außerdem aus der Feldwirtschaft: 51 600 kg Brotgetreide, 3 800 kg Ölfrucht und 112 000 kg Kartoffeln, sowie größere Mengen Obst und andere Erzeugnisse. Die während des Krieges an Gebäuden und Feldanlagen entstandenen Schäden konnten noch in der RM-Zeit behoben werden, aber der durch rigorose Maßnahmen zur Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte getriebene Raubbau hat den Betrieb bis aufs letzte ausgesogen und die Vorräte aufgezehrt. Erst nach der Währungsumstellung konnte sich der Betrieb erholen und die Erzeugung in Feld und Stall wurde jährlich gesteigert. Die technischen Einrichtungen des Mundenhofes sind in den letzten Jahren modernisiert worden; der Geräte- und Fahrzeugpark wurde erneuert; eine elektrische Melkanlage sorgt für hygienisch einwandfreie Behandlung der Milch. Die mustergültige Einrichtung des ganzen Betriebes findet auch in landwirtschaftlichen Fachkreisen rückhaltlose Anerkennung.

Die F e u e r w e h r hat ihre Schlagkraft zum Schutze der Einwohnerschaft vor Feuersgefahr, ihre Möglichkeiten der Hilfeleistung bei Unfällen und in den vielen Aufgaben, die sie sonst noch zu erfüllen hat, durch den weiteren Ausbau ihrer Einrichtungen und die Verbesserung ihrer Nachrichten- und Signalanlagen beträchtlich verstärkt. Vor allem galt es, die durch Kriegseinwirkung zerstörten Gebäude, Werkstätten und Ausrüstungen wieder herzustellen und fachkundiges Personal für den Einsatz zu gewinnen, nachdem der frühere Feuerschutz und Entgiftungsdienst 1945 aufgelöst worden war. Aus der allgemeinen Notlage heraus mußte zum Schutz der Einwohnerschaft eine einsatzfähige Berufsfeuerwehr geschaffen und mit den notwendigen Fahrzeugen ausgestattet werden. Ihre Unterbringung bereitete anfänglich große Schwierigkeiten, weil das alte Kommandogebäude durch Bomben vernichtet und die Alarmeinrichtungen zu den notmäßig eingerichteten drei Wachen zerstört waren. Die freiwillige Feuerwehr, die bis Kriegsende den Feuerschutz unserer Stadt betreute, konnte nur langsam wieder aufgebaut und ausgebildet werden; sie verfügt heute wieder über acht gutausgerüstete Löschzüge und leistet bei Großeinsätzen wertvolle Hilfe. Gleichzeitig mit der Wieder-

aufstellung der freiwilligen Löschkkräfte konnte die Mannschaftsstärke der Berufsfeuerwehr von ursprünglich 75 Mann auf 49 heruntergesetzt werden.

Eine der vordringlichsten Aufgaben war die Wiederherstellung des städtischen Feuermeldenetzes. Heute sind wieder 32 Feuermelder über das ganze Stadtgebiet verteilt. Daneben sind noch 7 Privatfeuermelder in besonders gefährdeten Betriebsanlagen dem öffentlichen Meldenetz angeschlossen.

Die Ausstattung der Feuerwehr mit Uniformen und sonstigen Ausrüstungsstücken konnte in ausreichendem Umfange vorgenommen werden. Das in der Kriegszeit und später verlorene Schlauchmaterial wurde ersetzt; überalterte Schläuche wurden ausgetauscht. Der Fahrzeugpark der Feuerwehr ist modernisiert; mehrere neuzeitliche Spezialfahrzeuge wurden angeschafft. Zu erwähnen sind vier Spezialfahrzeuge; eine Kraftfahrdrehleiter mit einer Steighöhe von 22 m, ein Mannschafts-omnibus, der in der eigenen Werkstätte der Berufsfeuerwehr aus einem ehemaligen Postomnibus erstellt wurde, ein Schlauchkraftwagen, der nach eigenen Entwürfen hauptsächlich mit eigenen Kräften gebaut wurde und als eines der wichtigsten Fahrzeuge ein 10-to Kranwagen, der es der Feuerwehr Freiburg ermöglicht, auch auf dem Gebiet des Straßensicherungsdienstes jeder Lage gewachsen zu sein.

Das im Kriege zerstörte Kommandogebäude konnte mit eigenen Kräften wieder aufgebaut werden, desgleichen das Werkstattgebäude.

Die Einsätze der Feuerwehr Freiburg i. Br. betragen in der Zeit vom 1. Juli 1948 bis 31. März 1953 insgesamt 867 Fälle, darunter Großfeuer 61, Mittelfeuer 115, Kleinf Feuer 269, Kaminbrände 20 und Unfälle 168.

*

Wie kaum eine andere Großstadt ist Freiburg mit G ä r t e n und W ä l d e r n reich bedacht. Ihre Grün- und Erholungsflächen reichen bis in die Innenstadt hinein. In glücklicher Harmonie verbindet sich hier der liebliche Reiz einer idyllischen Landschaft mit den vorwiegend von Menschenhand geschaffenen Anlagen. Die Freiburger haben eine besondere Freude an allem, was grünt und blüht. Die Zerstörungen, die der Krieg in ihren Gärten und Parks sowie in den herrlichen Wäldern angerichtet hatte, haben sie nicht weniger schwer getroffen als die Zerstörungen wertvoller Baudenkmäler aus Holz und Stein. Es wurde alles darangesetzt, die Grünanlagen wieder herzurichten und die verbrannte Erde in blühende Gärten zu verwandeln. Dem S t ä d t i s c h e n G a r t e n a m t sind jedoch nach Kriegsende zunächst ganz andere Aufgaben erwachsen. Denn fast sämtliche Anlagen waren verwüstet, der Schloßberg zum größten Teil nicht mehr begehbar; durch Bombeneinschläge waren die Gehwege zerstört. Die Anlagen am Mösle

und Waldsee dienten als Abstellplatz zahlreicher Militärfahrzeuge; die Bahnhofsanlagen waren zu Bunkern ausgebaut, Hochallee und Jacobiananlage in Brandweiher umgewandelt. Der Hauptfriedhof hatte über 100 Bombentreffer erhalten. Die Stadtgärtnerei glich einem Trümmerfeld. Es mußte also zunächst aufgeräumt und notdürftig eine Werkstätte für die Geräte eingerichtet werden. Aber auch dann war an die Wiederherstellung der öffentlichen Grünanlagen nicht zu denken. Die prekäre Lage auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung machte den Einsatz aller Kräfte und aller Flächen für den Anbau von Feldgemüse jeder Art notwendig, um die öffentlichen Küchen, die Kliniken und Krankenhäuser mit Gemüse zu versorgen; rund 12 ha Fläche wurden dazu bewirtschaftet. Nicht minder wichtig war die Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz, da Transportmittel zur Beschaffung von Kohle nicht zur Verfügung standen. In den Straßen Freiburgs wurden aus zu dichten Baumbeständen Bäume herausgeschlagen und die Wald- und Parkbestände auf dem Schloßberg und in den Mösle- und Waldseeanlagen durchgeforstet; insgesamt 1 500 Festmeter Holz wurden geschlagen und den Einwohnern als Heizmaterial zugeteilt. Erst nach der Besserung der Wirtschaftslage, die mit der Währungsreform zusammenfällt, konnte mit der Instandsetzung der Grünanlagen begonnen werden. Am Bahnhof wurden die Bunker gesprengt und die Anlagen mit Rasen eingesät. Der Besucher Freiburgs sollte wieder wie ehemals beim Betreten der Stadt einen freundlichen Eindruck von der Gästestadt Freiburg erhalten. Darum sind zunächst die Anlagen der Innenstadt, am Colombipark, am Stadttheater, an der Dreisambrücke und an verschiedenen anderen Plätzen mit Blumen bepflanzt worden. Auch der Stadtgarten wurde aufgeräumt und mit neuen Wegverbindungen versehen. Auch der alte Friedhof mit der Michaelskapelle ist gleich den anderen Anlagen der Innenstadt wieder hergerichtet. Wo immer man im Stadtgebiet sich aufhält, überall findet man das Bemühen, aus Freiburg eine blumengeschmückte Stadt zu machen. Seit einer Reihe von Jahren haben wir uns daran gewöhnt, die zahlreichen Anlagen in ständig wechselnder Farbenpracht zu sehen; die Blumenbeete wurden dreimal im Jahr mit Sommerflor bepflanzt. Um der Stadt diesen Schmuck zu erhalten und auch alle neu hinzugekommenen Anlagen zu pflegen, wurden jährlich 10 300 laufende Meter Hecken zwei- bis dreimal geschnitten, 10 ha Rasenfläche monatlich zweimal gemäht, gegen 700 Altbäume und 800 Jungbäume zugeschnitten und durchschnittlich 400 Jungbäume nachgepflanzt. Im Stadtgebiet sind z. Zt. rund 5 000 Straßenbäume angepflanzt, die vornehmlich in der Winterszeit zu stutzen und zu lichten sind. Alljährlich fallen ca. 240 Dekorationen an und für die Balkonkästen der städtischen Dienstgebäude werden jährlich 15 000 Blumen gebraucht. Die Blumenbeete des Stadt-

gebietes erfordern bei dreimaliger Bepflanzung 20 000 Topfpflanzen, 30 000 Stück Sommerflor, die Friedhöfe 30 000 Frühjahrspflanzen, 25 000 Sommerflor und 12 000 Chrysanthemen. Für die Pflege von 2 800 Obstbäumen stehen zwei Obstbaumwarte zur Verfügung. Die Feldpolizei mit einem Obmann, 19 Feldpolizeiwarten und 4 Anlagewarten betreut ein Flurgebiet von 3 170 ha Land und 94 Grünanlagen.

Zu den Aufgaben des Gartenamtes gehört auch die Pflege und Instandhaltung der zahlreichen Sportplätze. Sie waren zum großen Teil bei Kriegsende zerstört und fast nur für Besatzungsstellen wieder hergerichtet worden. Im Laufe der Jahre sind einige beschlagnahmte Plätze ihren früheren Eigentümern zurückgegeben worden; nach dem heutigen Stand sind 6 ha beschlagnahmt und 24 ha in der Hand deutscher Sportverbände. Auch die Kinderspielplätze wurden im Krieg stark demoliert; insgesamt 16 Plätze waren wieder instandzusetzen und mit neuen Spielgeräten und Sandkästen auszustatten. Inzwischen sind für die Kinder neue Plätze erstellt worden. Freiburg besitzt heute 23 Kinderspielplätze mit 30 Sandkästen und 90 Spielgeräten; ihre Fläche erstreckt sich auf rund 2 ha.

Neben den öffentlichen Grünanlagen gibt es in Freiburg rund 6 000 Kleingärten. Teils war es die Liebe zur Natur, teils auch die Zwangslage zur erweiterten Selbstversorgung, die das Begehren nach einer Kleingartenanlage in den Nachkriegsjahren stark anschwellen ließ. Die Zahl dieser Kleingärten ist bis 1948 auf 7405 angestiegen; bei einer durchschnittlichen Größe von 2 ar ergibt sich eine Gesamtfläche von 158 ha. Inzwischen aber ist durch Überbauung der Flächen die Zahl der Gärten auf rund 6 000, die Fläche auf 132 ha zurückgegangen. Um den Wünschen der Bevölkerung weiterhin entsprechen zu können, wurden bestimmte Dauerkleingartengebiete auf verschiedenen Gewannen der Stadt für insgesamt 4 000 Kleingärten geschaffen, die zusammen eine Fläche von fast 100 ha umfassen. Auch auf die Bewirtschaftung, Einfriedung und Bepflanzung der Kleingärten mußte die Stadtverwaltung Einfluß nehmen, um das Landschaftsbild nicht zu verschandeln.

Die gärtnerische Gestaltung unserer Friedhöfe ist seit 1948 wieder auf einem hohen Stand. Freiburg hatte stets auf eine würdige Friedhofskultur abgehoben und war daher bemüht, die Zerstörungen zu beseitigen und die Grabstätten und Anlagen sowie die Wege zu den Gräbern in einen der Erhabenheit des Ortes angemessenen Zustand zu versetzen. Nach Erweiterung der Vorortfriedhöfe sind einschließlich des Hauptfriedhofes heute 32,5 ha Fläche zu betreuen. Den Toten des Bombenkrieges und den Gefallenen zur Ehre und zum Gedächtnis wurde ein eindruckvolles Mahnmal geschaffen. Die Stadtverwaltung hat die Pflege der Gräber ihrer im Kriege ums Leben gekommenen Einwohner selbst übernommen.

Nicht zu Unrecht wird Freiburg als die schönste Waldstadt der deutschen Heimat gepriesen; mit berechtigtem Stolz kann sie darauf hinweisen, daß kaum eine andere Großstadt der Bundesrepublik einen ähnlich großen Waldbesitz aufzuweisen hat. Von der gesamten Gemarkungsfläche (7 998 ha) sind 3 674 ha (45,9%) Wälder. Der stadteigene Waldbesitz unter Einrechnung der außerhalb des Stadtgebietes gelegenen Forsten beträgt sogar 3 849 ha; das sind nahezu zwei Drittel (64%) des städt. Grundeigentums (6 079 ha) überhaupt. Von jeher hat die Stadtverwaltung ihr besonderes Augenmerk auf die Pflege und Bewirtschaftung dieses wertvollen Besitzes gerichtet, aber sie war machtlos gegenüber dem Raubbau, der während des Krieges und in der Folgezeit im Freiburger Stadtwald getrieben worden ist. Das Städt. Forstamt hat mit dem Einsatz aller verfügbaren Kräfte seit der Währungsreform eine große Aufbauarbeit geleistet, um der Stadt ihren wertvollen Besitz zu erhalten. Werfen wir daher einen Rückblick auf die der Währungsumstellung vorangegangenen Jahre und verfolgen weiter, was zur Rettung des Stadtwaldes bis heute geschehen ist.

Die ersten Nachkriegsjahre standen im Zeichen eines bis dahin nie gekannten Waldwertabbaues. Einschläge der Besatzungsmacht, Brennholznothiebe und Borkenkäferhiebe steigerten den Jahreseinschlag von einer planmäßigen Nutzung in Höhe von 21 500 fm bis auf ein Höchstmaß von 62 000 fm im Jahre 1947. In den folgenden Jahren ist er auf 45 000 fm, bzw. 33 000 fm zurückgegangen und erst im Jahre 1950 auf die Normalnutzung zurückgeführt worden. Bei Einbeziehung der Mehrhiebe aus den Kriegsjahren betrug der Überhieb 3,3 Jahreseinschläge. Allein durch Selbstwerber wurden 1946 bis 1949 rund 81 000 fm Brennholz geschlagen; durch diesen Brennholzzwangseinschlag erwuchs der Stadt Freiburg als Waldbesitzer ein Vermögensverlust von 1 172 000.— DM. Für den Wiederaufbau ging das Bauholz für 1 300 Einfamilienhäuser verloren. Der Waldwertabbau wurde dadurch noch größer, daß die gemäß der Gemeindewaldwirtschaftsordnung aus der Übernutzung für den Wiederaufbau des Stadtwaldes gebildeten Rücklagen der Währungsreform zum Opfer fielen. Geldentwertung und Ernährungsschwierigkeiten führten dazu, daß für den Wiederaufbau des Waldes keine geeigneten Kräfte verfügbar waren. Die leistungsfähigen Arbeitskräfte jedoch waren durch den verdoppelten Holzeinschlag so gebunden, daß sie für Pflegearbeiten ausfielen. Die Aufforstungsarbeiten, die 1945 bis 1947 etwa 200 ha ausmachten, konnten infolgedessen zunächst nicht einmal mit den neuen Zwangskahlschlägen Schritt halten. Stark beeinträchtigt war die Aufforstung damals durch eine Reihe schlechter Samenjahre, die eine Eigenanzucht von Forstpflanzen wesentlich einschränkte; andererseits war die Beschaffung von Samen und Pflanzen über den Handel infolge des Mehreinschla-

ges in allen drei Zonen sehr erschwert. So wurden die Kultur-rückstände immer größer und waren in der Kultur-, Jungwuchs- und Bestandspflege umso empfindlicher, als hier der Mangel an geschulten Arbeitskräften noch stärker zur Auswirkung kam. Auf über 1 000 ha kämpfte der wertvolle, aber biologisch schwächere Nadel- und Edellaubholzanteil der Jungbestände einen ohne menschliche Hilfe aussichtslosen Kampf gegen die Verdrängungskraft der Buche und anderer schnellwüchsiger, aber wenig wertvoller Laubhölzer; die Gefahr, daß wertvolle Jungbestände zu reinen Brennholzbeständen absanken, wurde immer größer.

Auch für die Pflege des ausgedehnten Wegenetzes konnte nicht das Erforderliche getan werden. Trotz des äußersten Arbeitseinsatzes der Beamten, Angestellten und Waldarbeiter des Forstamtes war durch das Zusammenwirken der Zeitverhältnisse ein Waldwertabbau auf der ganzen Linie nicht zu verhindern.

Immerhin wurde durch den Einsatz der Forstbeamten und durch den gesunden biologischen Aufbau des Stadtwaldes vermieden, daß die Großkahlschläge sich zu einer Katastrophe auswirkten; auch der Borkenkäferschaden wurde unter Kontrolle gehalten.

Der Gesamtaufbau des Stadtwaldes konnte schließlich erhalten werden. Nach Beendigung der Zwangskahlschläge (im Jahre 1950) war endlich durch eine erweiterte Ertragsüberprüfung eine eingehende Planung für den Wiederaufbau möglich. Die Aufforstungsarbeiten liefen verstärkt an.

Dem Pflanzenmangel wurde durch vermehrte Verschulung und Auspflanzung von Wildlingen nach Möglichkeit abgeholfen; die eigenen Baumschulen wurden nicht nur voll ausgebaut, sondern durch Anlage eines besonderen Pappelmutterquartiers zur Nachzucht raschwüchsiger Pappelsorten und einer weiteren Baumschule um 1,32 ha vergrößert. Fast 100 ha hochwertige Mischwaldkulturen sind seit 1949 und 1950 neu angepflanzt und durch gleichzeitige Förderung der natürlichen Verjüngung die Kriegs- und Nachkriegsschäden in erheblichem Umfange behoben worden. Im Zuge der Anbauplanung wurden sodann weitere 84 ha angepflanzt und die letzten Rückstände durch bevorzugten Anbau von Edelhölzern und raschwüchsigen Holzarten wie Douglas und Pappel angeforstet. Das Forstamt hat seine Maßnahmen für Kultur-, Jungwuchs- und Bestandspflege intensiviert. Durch die Nutzung größerer in der Zeit der Überhiebe verlichteter und zu wachsarmer Altholzreste sollen die Mittel aufgebracht werden, die erhöhten Kosten dieser umfangreichen und auf die Notzeit zurückführenden Rückstände an Aufforstungen, Jungwuchspflege und Läuterungen, die aus über 1 200 ha Jungwald wertvolle und zuwachstüchtige Bestände entwickeln sollen, zu tragen. Durch diese Maßnahmen wird der

Zukunftswert des Freiburger Stadtwaldes entschieden beeinflußt.

Das Städtische Forstamt leistete ferner durch die Unterhaltung eines Waldstraßen- und Wegenetzes von 385 km Länge einen wesentlichen Beitrag dazu, Freiburg den Ruf einer Wald- und Fremdenverkehrsstadt zu erhalten. Die Waldwege ermöglichen Einheimischen und Fremden eine Vielzahl schönster stadtnaher Waldwanderungen und schließen darüber hinaus den südlichen Hochschwarzwald direkt von Freiburg aus dem Fremdenverkehr durch landschaftlich hervorragend schöne Fahrtstraßen und Waldwege an. Sie erfordern andererseits erhöhte Mittel und zusätzliche Arbeitskräfte über den Rahmen eines normalen Forstbetriebes hinaus. Obwohl nur eine beschränkte Anzahl Kräfte zur Verfügung stand, wurden 183 km Waldstraßen und Waldwege wieder instandgesetzt und Pflegearbeiten durchgeführt sowie 9 km Holzabfuhrwege einer Neuanlage gleichwertig ausgebaut. Die weitere Erschließung des Stadtwaldes durch neue Holzabfuhrwege und die Wiederinstandsetzung des noch pflegebedürftigen alten Wegenetzes ist für die kommenden Jahre vorgesehen. Auch Brücken und Zierbrunnen sind erneuert und an zahlreichen Aussichtspunkten im Stadtwalde 250 neue Holzsitze aufgestellt worden. So wurde im ganzen Stadtwalde daran gearbeitet, allen Wanderfreudigen die waldreiche Umgebung Freiburgs zugänglich zu machen und angenehm zu gestalten.

Ein Großteil dieser Maßnahmen geht über den Rahmen des eigentlichen Forstbetriebes hinaus. Das Forstamt übernimmt sie in Erkenntnis ihrer Bedeutung für die allgemeine Wohlfahrt und den Fremdenverkehr, muß aber hierfür Mittel aufwenden, deren Einsparung den Überschuß im Haushaltsplan erhöhen würde. Der Substanzverlust der Notjahre bedingte vermehrte Ausgaben für Aufforstungen, Kultur- und Bestandspflege, sowie dem Waldwegebau, die den bereits erzielten planmäßigen Überschuß im Haushaltsplan des Forstamtes in bescheidenen Grenzen hielten. Die erweiterte Ertragsüberprüfung ergab die Grundlage für eine gewisse Hiebsatzerhöhung, die über den planmäßigen Wiederaufbau im Stadtwalde hinaus eine Steigerung der Überschüsse in diesem und in den folgenden Wirtschaftsjahren sicherstellen wird. Es ist jedoch für den Wirtschaftler einsichtig — und Forstwirtschaft ist stets ein Wirtschaften in langen Zeiträumen und auf sehr weite Sicht gewesen —, daß ein Waldwertabbau, der über ein Jahrzehnt an der Substanz zehrte, nicht in zwei oder drei Jahren ausgeglichen werden kann. Die nächsten Jahre werden also unter der Verpflichtung stehen, durch Erfüllung des aus der Notzeit übernommenen Aufgabenkreises die Zukunft des Stadtwaldes sicherzustellen, andererseits im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Stadtwaldes den Anforderungen des sozialen Wohnungsbaues

und des Wiederaufbaues der Stadt Freiburg Rechnung zu tragen.

Zur Erfüllung dieser doppelten Verpflichtung war und ist die reibungslose Zusammenarbeit aller Arbeitskräfte des Forstamtes Voraussetzung. Um diese zu erreichen, galt die besondere Sorge des Forstamtes neben der Ausbildung und Fortbildung der Forstbeamten- und Angestellten der Schulung und Förderung eines altersmäßig richtig aufgebauten und leistungsfähigen **Waldarbeiters**tammes. Nur durch den Aufbau eines städtischen Waldfacharbeiterstammes und die Heranziehung geeigneten Nachwuchses, der die durch den Krieg gerissenen schmerzlichen Lücken wieder schließt, können die großen Aufgaben der kommenden Jahre gemeistert werden.

Im Rahmen des Wiederaufbaus ist ferner die Arbeit der Stadtsäge zu erwähnen, die dem Forstamt angeschlossen ist. Sie verarbeitet einen wesentlichen Teil des im Stadtwald anfallenden Nadelholzstammes zu Bau- und Schnittholz und führte damit jährlich etwa 5 000 fm auf dem kürzesten und vorteilhaftesten Wege dem Wiederaufbau der Stadt Freiburg zu. Auch die Arbeit der Uhlandsäge darf in diesem Rahmen nicht vergessen werden, die für die Brennholzversorgung der Bevölkerung wesentliche Hilfe leistet.

*

Unsere Stadt, die vor dem ersten Weltkrieg den Ruf einer „schulfreudigen Stadt“ genoß, besaß 1939 16 Volksschulhäuser, 1 Freiluftschule, 6 höhere Lehranstalten und 3 Berufs- und Berufsfachschulen, daneben verschiedene private Lehranstalten. In den Volksschulen (einschl. Berufsschulen) wurden 9 070 Kinder unterrichtet, die Höheren und Fachschulen wurden von 7957 Schülern und Schülerinnen besucht. Für den Unterricht standen insgesamt 496 Klassenzimmer, 87 Spezialräume und 36 Werkstätten zur Verfügung.

Durch die Kriegseinwirkung wurden 7 Schulgebäude völlig zerstört, 3 so schwer beschädigt, daß sie zunächst unbenutzbar waren. Dazu kam, daß nach Kriegsende 9 Volksschulgebäude, eine höhere Lehranstalt und 1 Fachschule von der Besatzungsmacht beschlagnahmt und 1 Volksschulgebäude größtenteils für städt. Zwecke (Ernährungsamt) benötigt wurde.

Deshalb waren, als im Spätherbst 1945 der Unterricht wieder aufgenommen wurde, die Schulverhältnisse denkbar ungünstig, selbst wenn man berücksichtigt, daß die Schülerzahl zunächst geringer war als im letzten Vorkriegsjahr. Die Stadtverwaltung war von Anfang an bestrebt, dieser katastrophalen Schulraumnot zu steuern, besonders auch dadurch, daß sie sich für die Freigabe beschlagnahmter Schulhäuser einsetzte. Noch im Herbst 1945 wurden 4 Schulgebäude freigegeben und 11 Wirtschaftsräume und 2 Mansarden für Schulzwecke zur Verfügung gestellt. Dennoch standen damals nur 6 Schulhäuser mit 102

Zimmern ganz oder teilweise zur Verfügung. In den folgenden Jahren trat allmählich durch die Freigabe weiterer Schulhäuser eine Besserung ein. Zur Zeit sind noch die Hälfte der Turnseeschule, die ganze Gewerbeschule und das Goethegymnasium (Holzmarktplatz) beschlagnahmt, doch kann mit deren Freigabe in absehbarer Zeit gerechnet werden.

Mit der Herstellung der zerstörten Schulgebäude wurde noch vor der Währungsreform begonnen (Kepler- und Rotteckgymnasium und Hebelschule). An fast allen Schulen wurden kleinere Schäden beseitigt. Der Gesamtaufwand in dieser Zeit betrug 203 190,— RM.

In verstärktem Maße wurde der Wiederaufbau nach der Währungsreform in Angriff genommen. So wurden seit 1948 die Hansjakobschule, Hebelschule, Karlschule, das Rotteckgymnasium, das Keplergymnasium und das Schulhaus in Betzenhausen ganz bzw. zum größten Teil wieder aufgebaut.

Heute verfügt die Volksschule über 14^{1/2} Schulhäuser. Die noch immer bestehende Raumnot wird durch die Tatsache beleuchtet, daß z. B. die Gewerbeschule an 8 verschiedenen Orten unterrichten muß und in den Gebäuden der Höheren Schulen je zwei Schulen untergebracht sind.

Heute stehen 337 Schulräume, also 235 mehr als im Jahre 1946, zur Verfügung. Diese Zahl erhöht sich durch den Handelsschulneubau an der Glümerstraße, die in Angriff genommene Lortzingschule und sobald die restlichen beschlagnahmten Schulräume freigegeben sind.

Der Gesamtaufwand der Stadt für den Wiederaufbau der Schulgebäude seit der Währungsreform betrug bisher 2 923 700.— DM, dazu für den Neubau der Handelsschule 1 178 800,— DM, zusammen also 4 102 500,— DM, dazu kommen noch die Kosten für die Beseitigung kleinerer Schäden und für die Bauunterhaltung.

Es wurde also Erhebliches geleistet! Trotzdem warten noch dringende Aufgaben auf Erfüllung, so der Bau einer großen Gewerbeschule, einer weiteren Volksschule, die Erweiterung der Schulhäuser in St. Georgen und Betzenhausen, und die Erstellung von Turnhallen und Schulsportplätzen. Überschlagweise handelt es sich hier um ein 10 Millionen DM - Bauprogramm, das natürlich nur allmählich und nur mit staatlicher Hilfe verwirklicht werden kann.

Kurz nach Kriegsende standen die Städt. Bühnen vor dem Nichts. Das Große Haus und das Schauspielhaus waren zerstört und der ganze Fundus vernichtet. Dennoch wurde schon wenige Monate nach Eintritt der Waffenruhe mit der Veranstaltung von Konzerten, bunten Abenden und Theateraufführungen begonnen. Der Casinosaal, der für diese Zwecke gemietet wurde, bot allerdings nur bescheidene Entfaltungsmöglichkeiten. Die Währungsreform brachte wie in anderen Städten auch für das

Freiburger Theater zunächst schwere Rückschläge. Vorübergehend tauchte sogar die Frage auf, ob es nicht zweckmäßiger wäre, das Theater überhaupt zu schließen. Aus kulturellen und sozialen Gründen wurde davon Abstand genommen. Da der Casinosaal nur für kurze Zeit zur Verfügung stand, entschlossen sich die Stadtverwaltung und der Stadtrat nach gründlicher Prüfung zum Wiederaufbau des Großen Hauses, der ohne die geringste Beeinträchtigung des sozialen Wohnungsbaues in kürzester Zeit durchgeführt wurde. Bereits am 30. 12. 1949 konnte das neuerstandene Große Haus seine Tore öffnen. Weitere Zu- und Ausbauten an der Süd- und Nordseite des Gebäudes (Lichtspieltheater, Theaterrestaurant, Ladengeschäfte) folgten ohne Etatmittel und im Sommer dieses Jahres konnte auch das Foyer, ebenfalls ohne finanzielle Inanspruchnahme der Stadt, ausgebaut werden.

Wie sehr der Wiederaufbau des Großen Hauses und die Durchführung des Theaters den Bedürfnissen weiter Kreise entsprach, beweist die von Jahr zu Jahr steigende Besucherzahl. Im Spieljahr 1949/50 betrug sie 147 793, 1950/51: 215 357, 1951/52: 259 314 und 1952/53: 344 112. Die Zahl der Freiburger Abonnenten hat sich in diesen Jahren versechsfacht, die der Auswärtigen verdreifacht, die Besucherzahl der Sinfoniekonzerte vervierfacht. Auch die Mitgliederzahl des „Theaterrings der Jugend“ stieg ständig, und die „Besuchergemeinschaft Oberb. Sing- und Musikvereine“ hat in der abgelaufenen Spielzeit rund 14 000 Plätze belegt. Die neue Spielzeit übertrifft die vergangene.

In der letzten Spielzeit wurden 121 Opern- und 91 Operetten-Aufführungen, 8 Abonnementssinfoniekonzerte, 10 Sonderkonzerte, 240 Schauspiel- und 15 Freilichtaufführungen, 5 Bunte Abende, 8 besondere Veranstaltungen der Städt. Bühnen gegeben. Die Ballettabende im Colombipark, die Konzerte und Schauspiele, die während der Sommermonate im Rathaushof gegeben wurden, erfreuten sich bei den Einheimischen und Fremden gleicher Beliebtheit. Auch für das kommende Spieljahr ist ein vielseitiges Programm vorgesehen, so u. a. im Schauspiel 6 Erstaufführungen und 11 Neuinszenierungen, in der Oper 1 Erstaufführung und 12 Neuinszenierungen und in der Operette 1 Erstaufführung und 4 Neuinszenierungen.

Die Städt. Bühnen gaben Gastspiele in Rastatt, Schopfheim, St. Blasien, Lahr, Offenburg, Singen, Triberg und Baden-Baden, im Bundesbahnsystem bis über die württembergische Grenze bei Alpirsbach, nach Osten in den Hochschwarzwald und nach Westen an den Kaiserstuhl bis an den Rhein. Die Platzmiete für Auswärtige umfaßte in der Spielzeit 1952/53: 113 Orte, von denen aus, dank günstiger Omnibusverbindungen, das Theater regelmäßig in 14-tägigen Abständen besucht werden konnte.

Um die Musiktradition der Freiburger Bevölkerung weiter zu führen, wurde 1952 im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung die Philharmonische Gesellschaft Freiburg gegründet, die dem Musikleben neue Impulse geben will. Sie wendet sich deshalb an die Musikfreunde aller Bevölkerungskreise. Der zu diesem Zweck aufgebaute „Philharmonische Chor“ will zusammen mit dem Philharmonischen Orchester vor allem das große Oratorium wieder lebendig machen. Mit der Aufführung von Händels Oratorium „Judas Makkabäus“, die ein voller Erfolg war, hat sich der Philharmonische Chor bestens eingeführt. Auch seine Studienkonzerte fanden großen Beifall. Für das neue Konzertjahr sind die Aufführungen der „Carmina Burana“ von Orff und Beethovens 9. Sinfonie vorgesehen.

Anstelle der früheren „Freien Volksbühne“ die vor 1933 rund 2500 Mitglieder zählte, wurde im Oktober 1952 die „Theatergemeinschaft Volksbühne“ gegründet. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, durch entsprechende Organisation des Theaterbesuches das Theater weitesten Volkskreisen, besonders der werktätigen Bevölkerung, zu erschließen und auch andere kulturelle Veranstaltungen zu volkstümlichen Preisen zu bieten. Bereits Ende Oktober 1952 hatte sie 900 Mitglieder. Inzwischen ist ihre Mitgliederzahl auf rund 12 000 gestiegen.

Im Jahre 1946 wurde durch die Stadt die Hochschule für Musik gegründet, um die deutsche Musikerjugend heranzubilden. Unter den denkbar einfachsten Verhältnissen begann der Unterricht. In richtiger Erkenntnis der Bedeutung dieser Hochschule für das hiesige kulturelle Leben hatte der Stadtrat entsprechende Mittel bewilligt. 1949 wurde die Musikhochschule verstaatlicht. Ihr Ruf ist inzwischen weit über Badens, ja über Deutschlands Grenzen gedrungen. Auch das Freiburger Konzertleben hat durch die Aufführungen der Musikhochschule eine wertvolle Bereicherung erfahren. Zur Zeit sind an ihr 38 Lehrkräfte tätig, die Zahl der Studierenden betrug im Sommersemester 1953: 235 (126 Studenten und 109 Studentinnen), darunter 4 Ausländer.

Die Städt. Sammlungen pflegen die Oberrheinische Kultur in Vergangenheit und Gegenwart. Sie verfügen über wertvolle Gemälde, Skulpturen, Stiche, Glasgemälde, Möbel und volkskundliche Gegenstände. Bei Kriegsbeginn wurden zunächst die kostbarsten Bestände der kunst- und kulturgeschichtlichen Abteilung an entlegenen Orten ausgelagert. Die übrigen Abteilungen folgten nach. So kam es, daß keine wesentlichen Verluste zu verzeichnen waren, als am 27. 11. 1944 der Südostflügel des Augustinermuseums durch Brandbomben getroffen wurde, abgesehen von den in diesem Gebäudeteil eingebauten Schwarzwaldstuben.

Die staatl. Hilfe blieb bei unserem städt. Defizit von 1 Mill. gering.

Da in die Gebäude der Städt. Sammlungen nach dem Kriege verschiedene ausgebombte Dienststellen verlegt wurden, konnten die ausgelagerten Kunstwerke erst allmählich zurückverlegt werden. Dennoch hat das Augustinermuseum als eines der ersten deutschen Museen am 5. Juni 1946 seine Ausstellungstätigkeit mit einer Schau „Meisterwerke mittelalterlicher Kunst in Baden“, die sich eines außerordentlichen starken Besuches erfreute, begonnen. Weitere Ausstellungen, so u. a. „Schönes Kunsthandwerk aus 5 Jahrhunderten“, „Der Hausbuchmeisteraltar“, „Götzen, Masken und Dämonen“, „Oberbadische Volkskunde“, „Krippen“ und „Goldschmiedearbeiten des Freiburger Münsterschatzes“, folgten. Seit der Wiedereröffnung des Museums, das jährlich von Anfang Mai bis Ende Oktober dem Publikum zugänglich ist, haben zirka 139 000 Personen das Museum besucht. In dieser Zeit fanden ungefähr 1 150 Führungen statt. Das Naturkundemuseum wird jährlich von ca. 7 000 bis 8 000 Personen besucht. Von den Restaurierungsarbeiten in eigener Werkstätte verdienen die Wiederherstellung des Adelhauser-Flügelaltars von 1480 und des Muttergottesbildes von Hans Baldung Grien Erwähnung. Durch Ankauf und Schenkungen erfuhren die Städt. Sammlungen auch in der Nachkriegszeit manch wertvolle Bereicherungen. Die Bibliothek wurde um rund 2 700 Zugänge vermehrt.

Durch rechtzeitiges Auslagern der Archivbestände und des größten Teils der wertvollen Archivbibliothek wurde verhindert, daß beim Brand des Archivgebäudes unersetzliche Bestände vernichtet wurden. Nur ein kleiner Teil der Bibliothek, die technischen Einrichtungen, und vor allem die wertvolle Amtsregistratur des Archivs, sowie der alphabetische Katalog wurden ein Raub der Flammen. Nach verschiedenen Umzügen in den ersten Nachkriegsjahren ist heute das Archiv an folgenden Stellen untergebracht: Die Archivalien sind an 4 verschiedenen Stellen, und die Bibliothek an 2 Stellen ausgelagert; der Verwaltungs- und Benutzerraum, die Buchbinderei und die Restaurationswerkstätte befinden sich an 3 verschiedenen Stellen. Durch die Dezentralisierung wird die Arbeit und die Benützung des Archivs erheblich erschwert. Unter diesen Umständen bereitet auch die Erhaltung und Sicherung der Archivbestände große Sorge. Zwar sind die in St. Blasien lagernden Archivalien intakt geblieben, dagegen haben die im Waisenhaus in Günterstal untergebrachten Bestände durch Kellerluftfeuchtigkeit ernstlich gelitten. Am ärgsten wurde der Bestand an Stadtrechnungen nach 3-jähriger Lagerung im Keller des zerstörten Pfründnerhauses mitgenommen.

Im Jahre 1952 wurde dem Archivamt Raum im Colombischlößchen zugewiesen. Bis zum Sommer 1953 wurden 160 Kisten, d. h. $\frac{1}{4}$ des Gesamtbestandes, zurückgeführt. Diese Bestände werden einer gründlichen Reinigung und Desinfektion

unterzogen, in Paketen neu hergerichtet, beschriftet und geordnet. Die Archivbibliothek erfuhr in den letzten Jahren durch Kauf, Tausch und Schenkungen eine erfreuliche Erweiterung. Für den neuen alphabetischen Katalog ist das gesamte Karteimaterial aufgearbeitet; jedoch konnte die Schlußredaktion mangels einer geeigneten Fachkraft noch nicht vorgenommen werden.

Von den Veröffentlichungen des Stadtarchivs sei besonders die Fortführung des wertvollen „Freiburger Urkundenbuches“ durch den früheren Archivdirektor Dr. Hefele genannt, von dem 1951 der 2. Textband und die dazu gehörenden Tafeln erschienen. Ein umfangreicher Artikel über die Geschichte der Stadt wurde für das „Deutsche Städtebuch“ geliefert.

Die Besucherzahl hatte fast die Höhe der Vorkriegszeit erreicht. Mit der Städt. Pressestelle besteht enge Zusammenarbeit.

Die Städt. Pressestelle pflegt die persönliche Verbindung der Stadtverwaltung mit der Presse. Zu diesem Zweck wurden zwanglose Pressekonferenzen mit dem Oberbürgermeister, den Referenten der einzelnen Dienststellen abgehalten. Für die öffentlichen Sitzungen des Stadtrates erhielt die Presse jeweils die entsprechenden Unterlagen, über die nichtöffentlichen Stadtratssitzungen gingen ihr kurze Mitteilungen zu. Zu allen großen Tagungen, Besichtigungen, Ausstellungen und Empfängen wurde die Ortspresse und die Vertreter der auswärtigen Zeitungen eingeladen. Die Aufgabe der Pressestelle ist, beratend und anregend zu wirken. Jede sachliche Kritik findet ein offenes Ohr. Umgekehrt begegnen besondere Wünsche der Stadtverwaltung bei den Zeitungen einem erfreulichen Verständnis. So bestand ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Stadtverwaltung und der ortsansässigen wie auch auswärtigen Presse.

Bis zum 27. November 1944 besaß die Städt. Volksbücherei eine Hauptstelle und 9 Zweigstellen in den einzelnen Stadtteilen und einen Buchbestand von rund 55 000 Bänden. Durch den Bombenangriff wurde die Hauptstelle völlig zerstört. Mit einem Restbestand von 5 000 Bänden nahm die Volksbücherei am 16. 8. 1945 als erste in der französischen Zone ihre Ausleihfähigkeit wieder auf. Bereits im Mai 1946 verfügte sie über 11 650 Bände; doch was bedeutete das bei der ständig wachsenden Zahl der Leser. Nach verschiedenen Umzügen kam die Volksbücherei ins Adelhauserkloster. Dank der guten Zusammenarbeit zwischen der Volksbücherei und dem Buchhandel konnte der Buchbestand ständig vergrößert werden, so daß die Bücherei bei der Währungsreform über annähernd die Hälfte des früheren Bücherbestandes verfügte.

1949 erschien zum ersten Mal ein (maschinengeschriebener) Katalog des schöngeistigen Schrifttums. 1951 wurde ein gedrucktes Bücherverzeichnis herausgegeben, dem 1952 ein zweiter Teil über das Sachschrifttum folgte.

Ein Vergleich der Gesamtausleihziffer mit der Einwohnerzahl Freiburgs zeigt, daß im Rechnungsjahr 1950/51 auf jeden Einwohner eine Buchausleihe kam. 10% der Einwohnerschaft sind Benützer der Volksbücherei. Mit der wachsenden Leserzahl mehrten sich naturgemäß auch die Schwierigkeiten sowohl in personeller wie in räumlicher Hinsicht. Seit Beginn 1953 konnten keine Neueingänge in die vorhandenen Regale eingestellt werden. Immer noch fehlen Lesesaal, geeignete Arbeitsräume für das Personal, Zweigstellen in den einzelnen Stadtteilen, besondere Jugendbüchereien. Dies ist umso bedauerlicher, als die Zahl der Entleihungen die Vorkriegsziffer bereits überschritten hat. Im Jahre 1938 waren es 96 795 Entleihungen, 1952/53: 116 642 Entleihungen.

Schon bald nach Eintritt der Waffenruhe wurde in der Bevölkerung der Wunsch laut, die frühere Volkshochschule, die hier bis 1933 bestanden hat, wieder ins Leben zu rufen. Im Frühjahr 1946 erfolgte die Gründung des Kuratoriums und am 3. 5. 1946 konnte mit starker Unterstützung maßgebender, auch städt. Stellen und unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung das erste Semester im Maria-Hilf-Saal eröffnet werden. Das Interesse an den Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften war so groß, daß die Kurse zeitweise geteilt werden mußten. Die äußeren Schwierigkeiten, vor allem die Raumnot, konnte erst allmählich überwunden werden. Nach der Währungsreform, durch die die finanziellen Reserven aufgebraucht wurden, entstand vorübergehend eine kritische Lage, so daß die Volkshochschule an die Stadt mit der Bitte um einen Zuschuß herantreten mußte. Der Stadtrat genehmigte sowohl damals wie auch in den folgenden Jahren jeweils eine entsprechende Beihilfe. Nach gewissen Reformen stieg die Besucherzahl in der Folgezeit wieder stetig an. Im Wintersemester (1952/53) wurden 80 Arbeitsgemeinschaften und Vorlesungen gehalten. Die Zahl der Teilnehmer betrug im Jahre 1946: 1 600; die Frauen waren dabei in der Mehrzahl, von den jugendlichen Teilnehmern waren 280 unter 20 Jahren.

Die Freiburger Volkshochschule wurde hinsichtlich ihres Arbeitsplanes, ihrer niedrigen Gebührensätze usw. vielfach zum Vorbild für andere Volkshochschulen des Bundesgebietes. Mit der Zahl ihrer eingeschriebenen Hörer steht sie in vorderster Linie. Zur Zeit gibt die Stadt jährlich 8 500.— DM, eine etwas größere Summe erhält die Volkshochschule vom Staat. Das bedeutet, daß sie ihre Ausgaben zu etwa 55% durch eigene Einnahmen deckt.

Bei der Gründung des Freiburger Senders (1926) hatte sich die Stadtverwaltung durch Beteiligung am Aktienkapital des Südwestfunks Stuttgart ein Mietpachtrecht gesichert. Dieses ging 1953 durch die damalige Neuorganisation des gesamten deutschen Rundfunks verloren. 1945 war es wiederum die Stadt-

verwaltung, die sich um die Belebung des hiesigen Rundfunks kümmerte, den Fachleuten den Weg zum technischen Aufbau ebnete und die Entwicklung der Programmstelle des Studios energisch förderte. Denn Freiburg hat von je her die Wichtigkeit einer Rundfunkstelle erkannt, durch deren Arbeit die Bedeutung der Breisgauhauptstadt als Universitäts- und Grenzstadt über die engere Heimat hinaus bekannt gemacht wird. Durch Zwiegespräche führender Persönlichkeiten vor dem Mikrophon, durch kommunalpolitische Betrachtungen und Übertragungen kultureller Veranstaltungen unserer Stadt hat sich das Freiburger Studio große Verdienste erworben. In nächster Zeit erfährt die Strahlungsanlage einen weiteren technischen Ausbau.

Im Jahre 1939 gab es in Freiburg 12 Sportplätze. Bei der Wiederaufnahme der Sporttätigkeit 1945/46 standen nur 7 Sportplätze zur Verfügung, 1 war zerstört und 4 von der Besatzungsmacht beschlagnahmt. Die noch verfügbaren Sportplätze mußten erst wieder instandgesetzt werden. Dies geschah noch vor der Währungsreform mit dem Sportplatz St. Georgen durch Vereinsmitglieder und mit Hilfe der Stadt. Nach der Währungsreform wurden der Sportplatz an der Grenzstraße neu angelegt und 5 Sportplätze (mit einem Gesamtaufwand von rund 41 000.— DM) gründlich erneuert. Außerdem bemühte sich die Stadt ständig um die Freigabe der beschlagnahmten Sportanlagen. Zur Zeit stehen wieder 10 Sportplätze zur Verfügung. Für das Rechnungsjahr 1953 sind die Neuanlagen des Sportplatzes an der Zähringerstraße und an der Schwarzwaldstraße, der Ausbau eines Sportplatzes an der Schenkendorfstraße und die Instandsetzung des Stadions vorgesehen.

Im Jahre 1939 waren 18 Turnhallen vorhanden. Von diesen wurden 6 durch Kriegseinwirkung zerstört und 9 von der Besatzungsmacht beschlagnahmt, so daß für die deutsche Bevölkerung zunächst nur noch drei Turnhallen zur Verfügung standen. Im Laufe der Jahre wurden 2 Turnhallen (Rotteckgymnasium und Karlschule) mit einem Aufwand von 91 000.— DM wieder aufgebaut und Dank der Bemühungen der Stadtverwaltung acht Turnhallen freigegeben. Zur Zeit stehen wieder 14 Turnhallen zur Verfügung, mit der Freigabe der letzten noch beschlagnahmten kann in absehbarer Zeit gerechnet werden.

Freiburg besaß vor dem Kriege 4 Freibäder mit 7 Schwimmbecken und 1 Hallenbad mit zwei Schwimmbecken. Nach dem Kriege waren für die deutsche Bevölkerung nur das Strandbad (2 Becken) das Freibad St. Georgen und teilweise das Hallenbad benützbar. 1949 wurde der Wiederaufbau des Faulerbades mit einem Kostenaufwand von 83 000.— DM in Angriff genommen. Heute stehen der Bevölkerung 4 Freibäder mit 6 Becken und 1 Hallenbad mit 2 Becken zur Verfügung. Der Ausbau des Faulerbades, der mit 177 210.— DM veranschlagt ist, die Anlage eines

10-Meter-Sprungturms nebst Springerbecken mit einem Aufwand von rund 120 000.— DM und der Ausbau des Naturbassins in St. Georgen sind vorgesehen.

Die Turn- und Sportvereine selbst werden von der Stadt gefördert. So genießen die Sportvereine Eintrittsermäßigungen beim Besuch der Freibäder und erhalten Zuschüsse bei der Benützung der Schwimmhalle des Stadtbades. Die Turnhallen stehen den Vereinen (abgesehen von den Hausmeistergebühren) kostenlos zur Verfügung. In den Rechnungsjahren 1950 — 1952 erhielten die Turn- und Sportvereine zur Förderung der Jugendarbeit jährlich Zuschüsse im Gesamtbetrag von 39 500.— DM. Einzelnen Vereinen (Skiclub, FFC, SSFV, TSV-Zähringen) wurden besondere Zuschüsse gewährt. Außerdem genießen die Sportvereine bei ihren Veranstaltungen teils völlige Freiheit teils Ermäßigung der Vergnügungssteuer. Der Ausfall an Vergnügungssteuer für sportliche Veranstaltungen beträgt jährlich 12 500.— DM. Bei besonderen Veranstaltungen stiftete die Stadt Ehrenpreise.

Die Aufwendungen der Stadt zur Förderung der Leibesübungen (abzüglich der Totozuschüsse) betragen 1950: 107 903.— DM, 1951: 134 015.— DM, 1952: 133 218.— DM; im Voranschlag 1953 sind 297 280.— DM vorgesehen. Auch ein Teil des Aufwandes für die Bäder (1950: 83 809.— DM, 1951: 75 720.— DM, 1952: 126 627.— DM, 1953 im Voranschlag: 337 150.— DM) kann als Förderung der Leibesübungen angesehen werden.

Das Stadion erfordert über 600 000.— DM.

Die 30 Turn- und Sportvereine Freiburgs sind in einem „Ausschuß für Leibesübungen“ zusammengeschlossen. Die Vertreter desselben gehören als Mitglieder mit beratender Stimme dem stadträtl. Ausschuß für Leibesübungen an und haben dadurch wesentlich Einfluß auf ihre Sportangelegenheiten. Bei der Stadtverwaltung besteht ein eigenes Sportreferat, das mit der Arbeitsgemeinschaft deutscher Sportämter Fühlung hält und auch mit dem Institut für Leibesübungen an der hiesigen Universität zusammenarbeitet. Der Erfahrungsaustausch mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter hat ergeben, daß die Leibesübungen der Stadt Freiburg für den Sport mit denjenigen vergleichbarer Städte durchaus Schritt halten.

*

Bereits an anderer Stelle wurde die durch den Krieg und die Nachkriegsfolgen verursachte Wohnraumnot und die Obdachlosigkeit zahlreicher Familien geschildert. Sie bilden einen Teil der lawinenartig wachsenden Aufgaben des städtischen Wohlfahrtsamtes, zugleich des Jugendamtes und des Ausgleichsamtes, deren Tätigkeit nach Kriegsende im folgenden kurz dargestellt wird.

Die sozialen Einrichtungen in der Stadt, wie Säuglings- und Kinderheime, Altersheime und Krankenhäuser waren weitge-

hend dem Kriege zum Opfer gefallen und behelfsmäßig verlagert. Tausende von Familien hatten keinen eigenen Herd und mußten an der Gemeinschaftsverpflegung in den Notküchen teilnehmen. Die Nahrungs- und Bekleidungsnot begann den Gesundheitszustand der Bevölkerung auf das Schwerste zu bedrohen, nur mit Hilfe von Auslandsspenden konnte die Notlage gemildert und eine Katastrophe verhütet werden.

Auf Anordnung der Besatzungsmacht wurde an Familien von Kriegsgefangenen die Zahlung von Familienunterhalt sowie für sämtliche Militärpersonen die Renten- und Pensionszahlungen eingestellt. Tausende von Einwohnern waren auf die öffentliche Fürsorge angewiesen; am 31. 8. 1946 standen 10 600 Personen in laufender öffentlicher Fürsorge und rund 14 000 Menschen mußten von kleineren Renten ihr Leben fristen.

Nach der Währungsumstellung konnte die Nahrungs- und Bekleidungsnot als überwunden gelten; aber sie brachte zugleich viele Einwohner, insbesondere soweit sie nicht zum Kreise der Erwerbspersonen gehörten, in neue Not, weil die Umstellungsbeträge in Höhe von 1/10 des Reichsmarknennbetrages bald aufgezehrt waren. Diese Not ist bis zum heutigen Tage gekennzeichnet durch die immer größer werdende Distanz zwischen denen, die am produktiven Aufbau teilhaben konnten und denen, die nach dem Verlust ihrer Existenz infolge Alters, Gebrechlichkeit, Verlust des Ernährers usw. nicht mehr fähig waren, eine neue Existenz aufzubauen.

Mit der Aufgabe der Zuzugsbeschränkungen fiel auch die Erklärung der Stadt Freiburg zum Brennpunkt des Wohnbedarfes. Hierzu kam die planmäßige Umsiedlung von Heimatvertriebenen aus den dichtbesiedelten Ländern und dem Ausland. Gleichzeitig setzte eine Binnenwanderung der Heimatvertriebenen der umliegenden Kreise nach der Stadt als Stätte ihrer Erwerbstätigkeit ein. So stieg die Zahl der Heimatvertriebenen in rascher Folge an. Sie betrug am 30. 6. 1950 3759 Personen und am 15. 6. 1953 9113 Personen. Gleichzeitig setzte ein gelenkter und un gelenkter Zuzug von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone ein, ihre Zahl betrug am 31. 12. 1950 2214 Personen und am 15. 6. 1953 4503 Personen. Die Zahl der Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge war bis zum 15. 6. 1953 auf insgesamt rund 13 600 angestiegen. Sie ist weiter erheblich im Steigen begriffen.

Die völlige Obdachlosigkeit vieler Personen, die teils in Trümmerstätten, teils in sonstigen menschenunwürdigen Behausungen kampieren, machte die Einrichtung eines Städt. Obdachlosenheimes erforderlich, das 1948 zunächst in der Gaststätte „Zum Augustiner“ eingerichtet wurde. 1951 konnten an der Vogesenstraße 2 Baracken mit insgesamt 120 Betten als Obdachlosenheim eingerichtet werden.

Im Spätjahr 1949 wurde in Freiburg-Betzenhausen das Landesdurchgangslager mit 13 Baracken des ehem. Internierungslagers durch das Land errichtet. Darin haben vom 15. 11. 1949 bis 30. 4. 1953 zus. 18 049 Heimatvertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge vorübergehend Aufnahme gefunden. Viele dieser Lagerinsassen fanden in Freiburg Arbeit. Die Binnenwanderung nach der Stadt wurde immer größer; seit 1. 11. 1951 bis 1. 7. 1953 waren allein 1 015 Heimatvertriebene zugewandert, bei einer gleichzeitigen Abwanderung von nur 208. Außerdem mußte die Stadt eine Übernachtungsstelle anstelle des Notquartiers im Städtischen Verkehrsamt für männliche Zuwanderer schaffen mit 60 Betten, während weibliche Zuwanderer im Übernachtungsheim St. Raphael untergebracht wurden. Vom 1. 4. 1949 bis 31. 3. 1953 wurden in diesen Einrichtungen rund 65 000 Übernachtungen gezählt.

Besonders wichtig war es, die ihrer Existenz beraubten Menschen in den Produktionsprozeß einzugliedern. Am 31. 3. 1953 betrug die Zahl der Arbeitslosen, soweit sie Alu-, Alfu- oder Wolu-Empfänger sind, 1 881, darunter 591 Frauen. Der Anteil der Heimatvertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug am gleichen Stichtag mit 317 Personen 16,8 v. H. und liegt wesentlich unter dem Bundesdurchschnitt von 29 v. H.

In Notstandsarbeiten waren 300 Arbeitslose mit insgesamt 12 000 Tagewerken beschäftigt; aus der Gemeinschaftshilfe wurden Darlehen in Höhe von 440 000,— DM bewilligt und damit 164 neue Arbeitsplätze für Geschädigte geschaffen.

Bis 31. 8. 1952 wurden aus dem Soforthilfefonds 1 927 000,— DM an Existenzaufbaudarlehen in 379 Fällen bewilligt.

Für 1 200 Wohnungen sind bis 31. 3. 1953 Finanzierungshilfen bei der Landeskreditanstalt für Wohnungsbau von 1 205 900,— DM vermittelt worden. Geschlossene Flüchtlingssiedlungen wurden am Aufdingerweg (Städt. Siedlungsgesellschaft), am Rosbaumweg und an der Falkenbergerstraße (Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft der Evang. Kirche) und am Rankackerweg (Kreisbaugenossenschaft) bis zum 31. 3. 1953 gefördert. Tausende Geschädigte verfügen nicht mehr über den notwendigen Hausrat. Ihnen hat das Städt. Ausgleichsamt 2 720 000,— DM Hausratshilfe bzw. Hausratsentschädigung aus Mitteln des Lastenausgleichs ausbezahlt.

Für die Berufsausbildung und Erziehung der durch den Krieg geschädigten Jugend wurden bis zum 31. März 1953 in Freiburg 1,9 Mill. DM verausgabt, davon 1,4 Mill. DM durch die Städt. Sozialbehörden. Daneben wurden aus dem Soforthilfefonds und aus Mitteln des Bundesjugendplanes zur Förderung von Gemeinschaftseinrichtungen geschaffen: Carl Mez-Heim - Evang. Lehrlingsheim an der Hermannstraße mit 130 Betten, St. Luitgardstift - Kath. Mädchenheim an der Quäkerstraße mit 150 Betten, Hölzlinheim - Evang. Heim, Ecke Albert- und Hebel-

straße, Heim für Frauen und Mädchen, mit 50 Betten, Martha Heim - Evang. Mädchenwohnheim für Berufstätige an der Hermannstraße mit 52 Betten. Außerdem wurden durch den kath. Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder in der Wintererstraße das St. Augustinusheim (Säuglingsheim) mit 80 Betten neu eingerichtet. Auch die Raum- und Heimnot unserer alten und gebrechlichen Mitbürger konnte erheblich gelindert werden. Heute stehen wieder 945 Betten in den Freiburger Altersheimen zur Verfügung gegenüber 1 060 Betten vor der Zerstörung. Neu erstellt wurden: Catharinenstift - Kath. Altersheim Erasmusstraße mit 123 Betten, Hildaheim - Evang. Altersheim Hermannstraße mit 52 Betten, Altersheim II - Evang. Altersheim „Haus Heimat“ mit 70 Betten, Altersheim der Arbeiterwohlfahrt an der Runzstraße mit 82 Betten.

Im neuerrichteten Hildegardstift wurden 10 Altersplätze geschaffen und durch den Ausbau des Dachgeschosses der Kartaus wurden 40 Plätze neu gewonnen (Verkauf des Baldenweger-Hofes).

Die Städt. Siedlungsgesellschaft hat in der Joh. Seb. Bachstraße 105 Wohnungen für alte, bedürftige Personen zumeist aus dem Kreis der Fliegergeschädigten und Evakuierten errichtet.

Für den Umfang der wirtschaftlichen Not ist heute nicht mehr allein die Zahl der Fürsorgeempfänger ein Gradmesser. In Freiburg befinden sich außerhalb der öffentlichen Fürsorge nach dem Stand vom Mai 1953 21 310 Empfänger von Sozialleistungen, und zwar 7 747 Invalidenrentner, 960 Unfallrentner, 432 Knappschaftsrentner und 3 798 Angestelltenrentner, somit allein 12 937 Rentner der Sozialversicherung. Für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene werden 5 260 Renten durch die Post monatlich bar ausbezahlt. Dazu kommen rund 1 600 Unterhaltshilfeempfänger und 1 513 Empfänger von Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenfürsorgeunterstützung. Der Jahresaufwand für diese Sozialleistungen, die für obigen Personenkreis in Freiburg jährlich ausbezahlt werden, beträgt über 16 Mill. DM. Dazu kommen noch rund 4,5 Mill. DM jährliche Leistungen der kommunalen Fürsorge für rund 5 100 in offener und geschlossener Fürsorge voll oder teilweise unterstützte Personen. Es wird nicht übersehen, daß viele tausend Menschen unserer Stadt unter einfachsten Existenzbedingungen ihr Leben fristen müssen und kaum mehr zum Leben haben, als die Empfänger öffentlicher Fürsorge.

Durch die Rückkehr der Wehrmachtsangehörigen, durch die Wiederzahlbarmachung der Renten aus der Sozialversicherung und der Kriegsopferversorgung, der Pensionen an Militär- und Zivilpersonen ist die Zahl der Unterstützungsempfänger bis zum Währungsstichtag von 10 600 auf 7 300 Personen gesunken. Der weitere Rückgang der Zahl der Fürsorgeempfänger (31. 3.

1953 = 5 100) ist hauptsächlich bedingt durch die Verbesserung der Sozialleistungen.

Nach dem Stand vom 31. 3. 1953 teilen sich die Fürsorgeempfänger wie folgt auf:

In der offenen Fürsorge 2 699 Parteien und 3 771 Personen. In der geschlossenen Fürsorge 1 308 Personen, insgesamt also 5 079 Personen.

Bemerkenswert ist die hohe Zahl der in Heimen (Altersheimen, Pflegeheimen, Säuglingsheimen, Kinder- und Erziehungsheim) versorgten Personen, sie beträgt rund 25 v. H. der Gesamtzahl der laufend unterstützten Fürsorgeempfänger.

Zu den einzelnen Personengruppen wird erläuternd folgendes bemerkt:

Die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene stellt im wesentlichen eine ergänzende Hilfe zu den Leistungen der Versorgungsämter für die Opfer des Krieges dar. Die ergänzende Leistung der dazu geschaffenen Fürsorgestelle zu den Versorgungsrenten beträgt vom 1. 10. 1950 bis 31. 3. 1953 rund 770 000 DM. Für die Berufsausbildung, Berufsumschulung und Berufsförderung Kriegsbeschädigter wurden 51 750 DM, für die Erziehung und Berufsausbildung der Kinder von Beschädigten und Kriegerwaisen 66 600 DM aufgewendet.

Für die im Gehen behinderten Schwerekriegsbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 und 60 v. H. wurde auf freiwilliger Grundlage durch die Stadt auf der Städt. Straßenbahn Freifahrt aus Mitteln des Wohlfahrtsetats gewährt (jährlich 26 000,— DM), während der Einnahmeausfall für die Freifahrt der 70—100 v. H. versehrten Kriegsbeschädigten mit jährlich schätzungsweise 150 000,— DM durch die Straßenbahn selbst getragen werden muß.

Seit Inkrafttreten des Heimkehrergesetzes zahlt das Wohlfahrtsamt für Heimkehrer die Entlassungsgelder und Übergangshilfen.

Für die Heimatvertriebenen erstreckt sich die Hilfe in erster Linie auf Eingliederungshilfe, vorab für die Beschaffung von Obdach und Arbeit, bei den Umsiedlerfamilien in der Bereitstellung des Wohnraumes im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, in der Übernahme der Transportkosten, in Beschaffung des erforderlichen Hausrats und in der Gewährung geldlicher Überbrückungshilfe. Dank dieser Hilfe konnten die großen Umsiedlungsaktionen von Heimatvertriebenen in den letzten Jahren fast reibungslos durchgeführt werden. Die überwiegende Zahl der Neubürger hat hier Arbeit und Wohnung und eine neue Heimat gefunden. Für die Sowjetzonenflüchtlinge standen der Stadt weder Mittel des Bundes noch des Lastenausgleiches für die Erstellung von Neubauwohnungen zur Verfügung; sie mußte die Unterbringung aus eigener Kraft lösen. Noch sind

etwa 120 Flüchtlingsfamilien in Notquartieren und Sammelunterkünften des Landesdurchgangslagers untergebracht.

In zunehmenden Maße treffen auch Rückwandererfamilien aus Frankreich in Freiburg ein. In den letzten 12 Monaten waren es allein 104 Familien (281 Personen), die meist an das Bundesdurchgangslager Friesland weitergeleitet werden.

In der Zeit vom 1. 4. 1949 bis 31. 3. 1953 wurden im Städt. Übernachtungsheim und im Übernachtungsheim St. Raphael rund 65 000 Übernachtungen gezählt. Nach den Feststellungen der Städt. Wandererfürsorgestelle lehnen rund 65 v. H. dieser Personen es ab, zur Abgeltung für die gewährte Unterkunft und Verpflegung täglich 2½ Stunden Pflichtarbeit zu leisten. Die streunenden Jugendlichen im Bereiche des Regierungspräsidiums Südbaden wurden durch die Jugendämter in das Jugendheim „Zuflucht“ (32 Betten) in Freiburg i. Br., Idingerstraße, eingewiesen.

Die sonstige Fürsorge nimmt sich allen hilfsbedürftigen Personen an, die nicht zum Personenkreis der Kriegsfolgenhilfeempfänger zählen. Nicht gehören hierzu die Kriegssachgeschädigten (Ausgebombten), wiewohl gerade auch sie die Folgen des Krieges empfindlichst getroffen haben. So mußten die stark zerstörten Städte aus eigener Kraft und ohne die Hilfe des Bundes und des Landes für die Ausgebombten sorgen, bis die Leistungen der Soforthilfe wirksam wurden. Rund 70 v. H. aller Anträge auf Hausratshilfe bzw. Hausratsentschädigung wurden von Ausgebombten gestellt. Die durch das Städt. Ausgleichsamt an sie ausbezahlte Summe beträgt bis zum 31. 3. 1953 rund 1 922 000,— DM.

Rund 75 v. H. aller Anträge auf Unterhaltshilfe bzw. Kriegsschadensrente wurden von Währungsgeschädigten gestellt. Für die Opfer des Nationalsozialismus hat die Stadt bis zum Wirksamwerden des Gesetzes 486 900,— RM und 434 500,— DM aufgewendet; sie hat damit einen erheblichen Beitrag für die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts geleistet.

Durch die Gewährung von erhöhten Rentenfreiteilen erhielten die Sozialrentner im ehemaligen Land Baden beachtliche Mehrleistungen in der öffentlichen Fürsorge gegenüber den übrigen Fürsorgeempfängern. Der dadurch der Stadt für die Sozialrentner entstandene Fürsorgemehraufwand betrug jährlich schätzungsweise 120 000 DM.

Infolge des empfindlichen Mangels an pflegerischen Kräften begegnet die Wochen- und Hauspflege immer noch großen Schwierigkeiten. Das Wohlfahrtsamt war genötigt, 4 hauptamtliche Pflegerinnen anzustellen, da die Pflegekräfte der freien Wohlfahrtspflege nicht ausreichten.

Sonderaufgaben erwachsen dem Wohlfahrtsamt auf dem Gebiete der Tuberkulosenfürsorge. Der Abt. Gesundheitsfürsorge des Amtes obliegt die gesamte wirtschaftliche Tuberkulosen-

Fürsorge im Zusammenwirken mit dem Staatl. Gesundheitsamt. Die Zahl der beim Staatl. Gesundheitsamt Freiburg in Überwachung stehender Tuberkulosekranken betrug insgesamt (Stand Juni 1953) 1323. Als eine segensreiche Einrichtung für die Tbc-Kranken und zur Verminderung der Infektionsgefahren hat sich die Städt. Kurt-Ziegler-Walderholungsstätte erwiesen.

Noch zahlreiche andere fürsorgerische Aufgaben erwachsen dem Städt. Wohlfahrtsamt!

Bei aller Schwierigkeit, der vielgestaltigen sozialen Probleme Herr zu werden, blieb die Sorge für die Jugend ein ernstes Anliegen der Stadtverwaltung.

Die hohe Zahl unvollständiger Familien (Kriegerwaisen, Kinder aus zerrütteten Ehen, Ehescheidungswaisen, uneheliche Kinder) — sie wird in Freiburg auf 8000 geschätzt — macht es verständlich, daß die Erziehungskraft der Familie nicht mehr ausreichte. In erster Linie galt es, gesunde Entwicklungsbedingungen für die Klein- und Schulkinder durch die Familienfürsorge und das Stadtjugendamt zu schaffen. Von den 9 eingerichteten und ärztlich geleiteten Mütterberatungsstellen wurde erfreulicherweise reichlich Gebrauch gemacht. Seit 1948 bis Juni 1953 wurden 19 200 Beratungen gezählt. Auch die im April 1949 ins Leben gerufene Städt. Mütterschule diente der Mutter und dem Kinde.

Am 1. März 1949 wurde die Heilpädagogische Beratungsstelle des Stadtjugendamtes eröffnet. Ihr zur Seite steht der Heilpädagogische Hort, eingerichtet in den Baracken der ehemaligen Schweizerspende in der Urachstraße und aufnahmefähig für 60 schwererziehbare Kinder.

Die Arbeitskraft des Stadtjugendamtes wird in ganz erheblichem Umfang durch die Sorge für die unehelichen Kinder in Anspruch genommen. In der gesetzlichen und bestellten Amtsvormundschaft des Stadtjugendamtes standen am 31. 3. 1953 1772 uneheliche Kinder. Das Mündelvermögen, das der treuhänderischen Verwaltung des Jugendamtes unterliegt, wuchs bis zum 31. 3. 1953 auf 186 996,91 DM an. 356, davon 238 uneheliche Kinder, sind in Pflege bei fremden Familien meist gegen laufende Pflegegeldgewährung untergebracht; 885 uneheliche Kinder bei der Mutter unterstehen der Aufsicht des Jugendamtes. In Einzelvormundschaft stehen 1567 Mündel, so daß die Gesamtzahl der Mündel in Freiburg am 31. 3. 1953 3339 beträgt.

Die Freiburger Jugendwohlfahrtspflege ist besonders gekennzeichnet durch das im Jahre 1949 errichtete Jugendwohnheim (30 Betten), dessen Trägerschaft dem Diözesancaritasverband übertragen ist; es soll Jugendlichen, die kein Elternhaus haben, eine Erziehungs- und Heimstatt gewähren. In einem besonderen Schülerhort werden zur Zeit rund 300 Minderjährige betreut.

In Freiburg bestehen 35 Kindergärten mit 2666 Kindern und 13 Schülerhorte mit 475 Schülern. Die städt. Zuschüsse für die Kindergärten und Schülerhorte betragen von 1948 bis einschl. 1952 203 732.— DM.

Zur Gesunderhaltung der Jugend diente die Einrichtung der örtlichen Erholungsfürsorge. Jährlich fanden während der Schulferien rund 800 Kinder auf den Waldplätzen am Stadtrande oder in auswärtigen Ferienlagern Erholung und Kräftigung. Dem gleichen Ziele diente die Städt. Freiluftschule am Hirzberg (25 Plätze), sowie die Waldschule Lochmatte der Inneren Mission (35 Plätze), die im Jahre 1952 neu eingerichtet wurde.

Für die Erholungs- und Heilmaßnahmen für die Freiburger Jugend betragen die städt. Aufwendungen insgesamt 272 431.— DM (1948—1952).

Der schulentlassenen Jugend galt das Interesse der öffentlichen Jugendhilfe durch Förderung der Jugendpflege. Das im Jahre 1946 ins Leben gerufene Jugendbildungswerk wurde in den Jahren 1948—1952 mit insgesamt 53 000 DM aus städtischen Mitteln bezuschußt. Für die im Stadtjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände wurden für den gleichen Zeitraum 50 000.— DM bewilligt.

Die Ausgaben des Städt. Wohlfahrtsamtes (Zweckaufwand) unmittelbar für die Hilfsbedürftigen, für die Unterhaltung der stadteigenen Fürsorgeeinrichtungen und für die Förderung der freien Vereinigung der Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe und deren Einrichtungen betragen in den Jahren 1948 — 1952 18 717 073.— DM. Von diesen Ausgaben wurden durch Einnahmen, und zwar Erstattung des Bundes (Kriegsfolgenhilfe), des Landes und aus Verpflichtungen Dritter in den Jahren 1948 — 1950 rund 63 v. H., 1950 bis 1952 rund 49 v. H. aufgebracht, während der Rest aus Steuermitteln zu decken war, teils unmittelbar, teils über die Kreisumlage der Stadt.

*

Wie aus den bisherigen Darlegungen hervorgeht, sind die Aufgaben, die der Stadt zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Einzelnen wie der Gemeinschaft ihrer Einwohner erwachsen, was sie zur Behebung so vielfältiger Not, aber auch zur Wahrung ihres Rufes zu tun verpflichtet ist, fast ohne Grenzen. Was immer aber zum Nutzen der Bürgerschaft, zur Beseitigung der Kriegsschäden, zur Verschönerung des Stadtbildes uam. geschieht, kostet der Stadtverwaltung Geld, und sie kann nur die Aufgaben durchführen, deren finanzieller Aufwand durch entsprechende Einnahmen gedeckt ist. Sie befindet sich also in der Lage eines Hausvaters, der für eine große Familie zu sorgen hat und alle für den Unterhalt notwendigen Aufwendungen mit den verfügbaren Einkünften decken muß. Je größer aber die Einnahmen der Stadtverwaltung sind, umso mehr Aufgaben wird sie erfüllen können; ist aber die finanzielle

Decke durch außergewöhnliche Umstände, wie sie der Krieg mit sich gebracht hat, geschmälert, so verringert sich auch die Aufgabenerfüllung und es können dann nur die zwangsläufigen Aufgaben ausgeführt und bezahlt werden, während zugleich vordringliche Arbeiten nichtzwangsläufiger Art zurückzustellen sind.

Die Ausgaben für die laufende Wirtschaftsführung und die öffentlichen Aufgaben, andererseits die Einnahmen der Verwaltung und die Steuern werden im ordentlichen Haushaltsplan veranschlagt; für Aufgaben auf längere Sicht, wie Neubauten von Schulen, Wohn- und Verwaltungsgebäude usw., sind die Aufwendungen im außerordentlichen Haushaltsplan niedergelegt. Die Wirtschaftsführung der städtischen Werke findet in einem Erfolgsplan, hingegen die Erweiterungs- und Erneuerungsbauten sowie die Schuldentilgung in einem Finanzplan ihren Niederschlag. Das Grundgesetz der kommunalen Wirtschaft aber ist und bleibt der ordentliche Haushaltsplan; von hier aus werden alle Aufgaben der Verwaltungszweige gelenkt. Ihm ist auch die Vermögens- und Schuldenaufstellung angeschlossen und alle zur Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Darlehen erforderlichen Deckungsmittel müssen aus dem ordentlichen Haushalt aufgebracht werden. Es lohnt daher, die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushalts seit der Geldumstellung zu betrachten. Sie sind seit 1948 stets heraufgegangen; aber dem Anwachsen der Ausgaben konnte die Zunahme der Einnahmen nicht Schritt halten. Eine ähnliche Entwicklung zeigt auch das Rechnungsergebnis der genannten Jahre, mit dem Unterschied jedoch, daß durch systematische Drosselung der Ausgaben, unter Zurückstellung auch dringendster Aufgaben, das budgetäre Defizit zu einem geringen Fehlbetrag auslief.

Die ordentlichen Ausgaben betragen im Rechnungsergebnis des Haushaltsjahres 1951 insgesamt 31,67 Mill. DM. Dieser Aufwand war um 726 000 DM höher als im Haushaltsplan veranschlagt war. Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß in den Ausgaben der Einzelpläne ebenso die Kosten für Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Darlehen (z. B. für Neubauten, Neuanschaffungen usw.) wie auch der persönliche und sachliche Aufwand für nichtstädtische Aufgaben im Auftrag des Bundes und des Landes, ferner die Umlagen an den Kreis usw. enthalten sind. Wenn man die persönlichen Aufwendungen mit 11,6 Mill. DM zu den Gesamtaufgaben in Beziehung setzt, so erscheint dieser Ausgabeposten mit 36,6% hoch. Es sind darin aber, wie erwähnt, auch die Kosten für die im Auftrag anderer Gebietskörperschaften durchzuführenden Aufgaben enthalten, für die zum Teil überhaupt kein Ersatz, zum Teil nur eine verhältnismäßig geringe Entschädigung bezahlt wird, wobei hinzukommt, daß der Aufgabenkomplex fremder

Gebietskörperschaften besonders in der Nachkriegszeit ständig an Umfang zugenommen hat. Unter den sachlichen Ausgaben, die mit 9,9 Mill. DM rund 31,4⁰/₀ der Gesamtausgaben ausmachen, sind die Aufwendungen für die Instandsetzung und Bewirtschaftung der stadteigenen Grundstücke, der Straßen, Anlagen und Kanäle, ferner Beträge für die Leistungen der öffentlichen Fürsorge, für Bürobedarf usw. enthalten. Fast der gleiche Anteil entfällt auf die allgemeinen Ausgaben, der die Zahlung von Schuldzinsen und Tilgungsbeträge, die Umlagen an den Kreis, die Anteilsbeträge an den außerordentlichen Haushalt und an das Vermögen enthält. Allein im Rechnungsjahr 1951 sind für Kapital- und Zinsendienst fast 2,2 Mill. DM aufgewendet worden; dieser hohe Betrag ist der Stadt erwachsen, weil sie die durch Kriegereignisse entstandenen Schäden ohne wesentliche Finanzhilfe von Staat und Bund beseitigen mußte.

Mit eigenen Mitteln allein war es aber nicht möglich, den Wiederaufbau der zerstörten Stadt zu bewältigen, sie mußte daher mit Einsatz von fremden Mitteln durch Darlehensaufnahme ihre außergewöhnliche Aufgabenlast zu finanzieren suchen. Im a u ß e r o r d e n t l i c h e n H a u s h a l t s p l a n sind Jahr um Jahr die Aufgaben des Wiederaufbaus und der Kriegsschädenbeseitigung niedergelegt. Allein im Rechnungsjahr 1951 sind für diese Zwecke 19,2 Mill. DM vorgesehen worden, darunter 6,5 Mill. DM für Kriegsschädenbeseitigung an städtischen Verwaltungs-, Betriebs- und Wohngebäuden, rund 3,6 Mill. DM für den gemeinnützigen Wohnungsbau und den Wohnungsneubau, rund 5,3 Mill. DM für Grundstückserwerb, Kanalisation, Park-, Spiel- und Sportplätze und für technische und kulturelle Aufgaben, fast 2,6 Mill. DM für den Straßenbau und rund 1,3 Mill. DM zur Errichtung der Handelsschule. Alle diese Aufwendungen liefen also neben den ordentlichen Ausgaben für die Wirtschaftsführung der erwähnten Verwaltungszweige und sind nur ein Ausschnitt des durch Darlehen geplanten Aufwands der erwähnten Projekte. Die Durchführung einer Großzahl der in Aussicht genommenen Bauvorhaben und Maßnahmen mußte zurückgestellt werden, da nicht genügend Anleihemittel zu angemessenen Zins- und Tilgungsbedingungen zu erhalten waren und der Kreditmarkt nicht aufnahmefähig war; für die 1951 durchgeführten außerordentlichen Vorhaben sind nur 6,9 Mill. DM, davon 5,3 Mill. DM durch Anleihemittel der öffentlichen Sparkasse, der Bad. Kommunalen Landesbank und in kleinerem Maße auch von Lebensversicherungen aufgebracht worden, mithin nur rund 35⁰/₀ der im außerordentlichen Haushaltsplan genannten Beträge. Von den rund 6,9 Mill. DM Aufwendungen entfallen ca. 1,6 Mill. DM auf den Wiederaufbau von Schulen, Kliniken und sonstigen kulturellen Einrichtungen, ferner 2,9 Mill. DM auf den Wohnungs-, Straßen- und Wegebau, auf Trümmerbeseitigung und Bauplatzumlegung, sowie

1,7 Mill. DM auf den Erwerb von Grundbesitz u. a. Diese Zahlen beziehen sich ausschließlich auf das Rechnungsjahr 1951, sie bilden daher nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Gesamtaufwand, der seit Kriegsende bis in die jüngste Zeit von der Stadt für die erwähnten Aufgaben verausgabt worden ist. Faßt man die seit 1948 bis Ende März 1952 über den außerordentlichen Haushalt durchgeführten Aufgaben zusammen, so ergibt sich ein Gesamtaufwand von 41,2 Mill. DM; hiervon wurden 33,5 Mill. DM durch Darlehen finanziert. In dieser Zeit wurden verausgabt, um nur die größeren Aufgaben zu erwähnen, für

Klinische Anstalten und deren Einrichtungen	7,5 Mill. DM
Wohngebäude	5,9 Mill. DM
Schulen und Verwaltungsgebäude	4,7 Mill. DM
Baudarlehen zur Förderung des Wohnungsbaus	4,4 Mill. DM
Straßen, Wege, Plätze und Kanäle	3,9 Mill. DM
Trümmerbeseitigung	3,5 Mill. DM

Wie bereits angedeutet, ist die Wirtschaftsführung einer Stadtverwaltung weitgehend von der Höhe der Einnahmen abhängig, die ähnlich wie beim Haushalt eines Familienvaters als Gradmesser für die Haushaltsführung gelten. Der Aufgabenkomplex der ausgebombten Stadt Freiburg ist in der Nachkriegszeit enorm gewachsen und neben der Ausgabenvermehrung zur Beseitigung der Kriegsschäden und zur Erfüllung der Auftragsangelegenheiten ist auch der Bevölkerungsstand von 108 487 vor Kriegsausbruch auf 124 100 im August 1953 erheblich gestiegen. Von der Ausgabenseite her gesehen ist also das Haushaltsvolumen stark in die Höhe gegangen. Wie aber verhält es sich mit den kommunalen Einnahmen? Im Rechnungsjahr 1951 sind nach dem Rechnungsergebnis 31,7 Mill. DM vereinnahmt worden.

Von den Verwaltungseinnahmen sind über 5,4 Mill. DM Ersatzbeträge des Staates und des Kreises, rund 4 Mill. DM Erträgnisse des Vermögens, 3,7 Mill. DM Benutzungsgebühren, 3,3 Mill. DM Kostenrückersätze und über 3 Mill. DM sonstige Einnahmen und Erstattungen zwischen den einzelnen Verwaltungszweigen. Bei den Ersatzbeträgen von Land und Kreis handelt es sich um tatsächlichen Rückersatz für Dienstleistungen, nicht dagegen um Finanzzuweisungen, von denen an anderer Stelle noch die Rede sein wird. Unter diesen Einnahmen sind auch 2 Mill. DM aus dem Gemeindeausgleichsstock enthalten, einer Kasse, deren Mittel von den Gemeinden selbst aufgebracht und vom Staat verteilt wird. Ein Teil dieser Zuweisung hat also die Stadt Freiburg selbst vorher einbezahlt.

Während der Anteil der Verwaltungseinnahmen über 62% der Gesamteinnahmen ausmacht, betragen die stadteigenen Steuern mit 11,7 Mill. DM etwa 36,9%. Das Hauptgewicht der städtischen Steuern entfällt auf die Gewerbesteuer mit 5,2 Mill. DM und die Grundsteuer (A+B) mit 3,3 Mill. DM. An-

stelle der früheren Bürgersteuer erhält die Stadt an Ausgleichsbeträgen rund 2,2 Mill. DM. Außerdem werden vereinnahmt an Vergnügungssteuer und Getränkesteuer je 0,4 Mill. DM und an Hundesteuer rund 151 000 DM. Bei den hauptsächlichsten Steuerquellen, der Grund- und Gewerbesteuer, wird die durch Kriegs- und Nachkriegsumstände geschwächte Steuerkraft deutlich sichtbar, wenn man das Aufkommen an diesen Steuern umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, in den Jahren von 1939 und später gegenüberstellt. So ist die Grundsteuer 1939 mit 41,84 RM zunächst bis 1941 auf 43,79 RM noch gestiegen, hingegen bis 1951 auf 29,19 DM zurückgegangen. Bei der Gewerbesteuer hat der Prokopfbetrag von 39,44 RM im Jahre 1939, auf 48,71 RM im Jahre 1941 zugenommen und ist im Zeitpunkt der Währungsumstellung auf 17,31 DM zurückgegangen. Erst mit der Belebung der Wirtschaft ist eine allmähliche Erholung auf etwa den Vorkriegsstand erfolgt. Stellt man die gesamten Steuereinnahmen von 1939 je Kopf der Bevölkerung dem des Rechnungsjahres 1951 gegenüber, so zeigt sich, daß trotz Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Vorkriegsstand noch nicht erreicht ist; 1939 ergibt sich ein Prokopfbetrag von 110,28 RM, 1941 von 120,71 RM hingegen errechnet sich 1951 ein solcher von nur 97,18. So konnten also im Gegensatz zur erheblichen Steigerung der Ausgaben die Einnahmen in ihrer Entwicklung keineswegs Schritt halten.

Die Ursache dieses Zwiespaltes zwischen Ausgaben und Einnahmen ist jedoch nicht allein als Ausfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit anzusehen. Ebenso wie der Stadt Freiburg hat der Krieg auch anderen Städten schwere Wunden geschlagen, die nicht nur erhebliche Kosten für den Wiederaufbau zu leisten, sondern auch beträchtliche Einbußen an ihren Steuerquellen zu beklagen haben. Aber diesen Städten stehen im Gegensatz zu Freiburg neben ihren Verwaltungseinnahmen und Steuern noch andere Einnahmequellen zur Verfügung, die weder Zinsen noch Rückzahlungsgelder erforderlich machen, noch die Bevölkerung mit Sonderabgaben belasten. Es handelt sich hierbei um Zuweisungen, die von den Ländern aus dem sogenannten Notstock für die Enttrümmerung, für Wiederaufbau, für Steuerausfälle u. a. an die Gemeinden ausgeschüttet werden. So haben u. a. auch die nordbadischen Städte Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg und Pforzheim seit der Geldumstellung hohe Beiträge erhalten.

Da in Südbaden ein Finanzausgleich nicht besteht, können Vergleiche mit den nordbadischen Städten leider nicht ohne weiteres gezogen werden. Durch das Fehlen des Finanzausgleichs brauchte die Stadt einerseits keine Lehrerstellenbeiträge zu bezahlen und hat andererseits die Bürgersteuerausgleichsbeträge erhalten. Dafür mußte die Stadt die Kosten für Ent-

trümmerung, Wiederaufbau u. a. selbst tragen und erhielt bis 1. 4. 1953 keinen Ersatz für Steuerausfälle.

Durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse ist das V e r m ö - g e n der Stadt von rund 90,5 Mill. RM im Jahre 1939 auf rund 48,8 Mill. DM am Stichtag der Geldumstellung zusammengesunken. Die Währungsumstellung allein brachte der Stadt einen Kapitalverlust von rund 38,9 Mill. DM, während das Verwaltungsvermögen, das Betriebs- und Grundvermögen — ohne Anlagewerte der Stadtwerke — infolge der Kriegszerstörungen um rund 15 Mill. DM zurückging. Bei diesen Zahlen handelt es sich lediglich um Buchwerte, während der effektive Verlust an materiellen Werten erheblich größer ist. Durch Instandsetzung, Wiederaufbau, Neubau und Neuanschaffungen sind die Vermögenswerte wieder auf rund 100 Mill. DM wertmäßig heraufgegangen.

Der S c h u l d e n s t a n d der Stadt hat über die Kriegs- und Nachkriegsjahre bis zur Geldumstellung erheblich abgenommen, da genügend Mittel zur Tilgung deutscher Darlehen vorhanden waren. Weil eine andere Verwendungsmöglichkeit nicht gegeben war, hat die Stadtverwaltung der Siedlungsgesellschaft finanzielle Hilfe zur Instandsetzung ihrer zahlreichen zerstörten Wohnungen geleistet und auf solche Weise den hauptsächlichsten Bestand an flüssigen Mitteln vor dem Verlust durch die Geldumstellung bewahrt. Nach dem Währungsstichtag war der Schuldenstand von 12 Mill. DM auf 2,7 Mill. DM zusammengeschrumpft. Mit der Beseitigung der Zwangswirtschaft, der Ingangsetzung des Wiederaufbaus und der Möglichkeit, Neuanschaffungen durchzuführen, veränderte sich der Schuldennachweis durch die Aufnahme von Darlehensmitteln, schon 1949 sind 14,2 Mill. DM an Darlehen aufgenommen worden, im folgenden Jahr kamen 9,4 Mill. DM hinzu und im Rechnungsjahr 1951 weitere 3,6 Mill. DM.

Die Finanzpolitik arbeitete mit fremden Mitteln und nützte die „Wert“-chance so aus, daß etwa 8 Mill. DM mehr Werte entstanden, als bei heutiger Wertschaffung mit den gleichen Mitteln geleistet werden könnte.